

## Protokoll Einwohnerrat Wohlen

17. Sitzung vom 13. Mai 2024 von 19:00 bis 22:30 Uhr Casino Wohlen

---

**Vorsitz** Marc Läufer, Präsident

**Protokollführung** Michelle Hunziker, Gemeindeschreiber-Stv.

**Präsenz** **Einwohnerrat von 19.00 bis 19.08 Uhr**  
Mitglieder des Einwohnerrats: 36  
Absolutes Mehr: 19  
Zweidrittelsmehr: 24

**Einwohnerrat von 19.09 bis 22.30 Uhr**  
Mitglieder des Einwohnerrats: 37  
Absolutes Mehr: 19  
Zweidrittelsmehr: 25

### **Gemeinderat**

Arsène Perroud, Gemeindeammann  
Thomas Burkard, Vizeammann  
Roland Vogt, Gemeinderat  
Ariane Gregor, Gemeinderätin  
Denise Strasser, Gemeinderätin

### **Weitere Anwesende**

Christoph Weibel, Gemeindeschreiber  
Jessica Wüest, Kanzlei  
Robin Hofer, Kanzlei  
Stefan Leuenberger, Bereichsleiter Planung, Bau und Umwelt  
Paul Bitschnau, Präsidium SLK  
Franziska Walti, Präsidium SLK  
Roland Frick, Abteilungsleiter Finanzen  
Thomas Laube, Bereichsleiter Finanzen und Ressourcen

**Entschuldigungen** Dieter Stäger, FDP  
Anja Scheiber, GLP  
Valentin Meier, SP  
Harry Lütolf, Die Mitte (anwesend ab 19.09 Uhr)

## TRAKTANDEN

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Inpflichtnahme von
  - Eugen Galliker, FDP
3. Ersatzwahl 1 Mitglied der Einnahmenkommission
4. Kenntnisnahme Finanzplan 2025-2034 (15105)
5. Bericht und Antrag 15103 Baurechtsvertrag Altpfadfinderstiftung zur Errichtung eines Pfadiheims auf der Parzelle Nr. 3179 – Genehmigung
6. Antwort zur Anfrage 15063 betreffend Vandalismus über das Osterwochenende in den Schulhausanlagen
7. Motion 15064 Video-Überwachung gegen Vandalismus in Schulanlagen der Einwohnergemeinde
  - ▶ Der Gemeinderat ist bereit die Motion entgegenzunehmen
8. Antwort zur Anfrage 15094 betreffend Amtliche Publikationen
9. Motion 15095 betreffend Amtliche Publikation der Gemeinde Wohlen
  - ▶ Der Gemeinderat beantragt die Nichtüberweisung der Motion
10. Motion 15092 betreffend Nachprüfung der kantonalen Verkehrszählung und Ermittlung des Anteils des Durchgangsverkehrs auf dem Gebiet der Gemeinde Wohlen
  - ▶ Der Gemeinderat beantragt die Nichtüberweisung der Motion
11. Antwort zur Anfrage 15097 betreffend Abfallentsorgung bei den Altglas-Sammelstellen
12. Antwort zur Anfrage 15085 betreffend Schülertransport von Anglikon nach Wohlen
13. Antwort zur Anfrage 15088 betreffend Doppelkindergarten Lindenbergrasse und Standort-strategie Schulraumplanung
14. Motion 15078 betreffend Verkauf der Liegenschaft Steingasse 45
  - ▶ Der Gemeinderat ist bereit die Motion als Postulat entgegenzunehmen
15. Postulat 15026 betreffend mehr erneuerbare Energien in Wohlen
  - ▶ Der Gemeinderat beantragt die Nichtüberweisung des Postulats
16. Antwort zur Anfrage 15076 zum zukünftigen Wachstum in Wohlen
17. Motion 15084 betreffend markante Reduktion der Jahresgebühren für Dauerparkkarten
  - ▶ Der Gemeinderat beantragt die Nichtüberweisung der Motion
18. Antwort zur Anfrage 15089 bezüglich Einheitspolizei im Kanton Aargau
19. Antwort zur Anfrage 15091 betreffend Herausgabe von Adressen (überarbeitete Version)

Läufer Marc, Präsident:

### **Eingänge**

Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 11. März 2024 zu verzeichnen:

- Bericht und Antrag 15102 Erhöhung Stellenplan im Bereich Finanzen & Ressourcen – Steueramt (Erbringung Dienstleistungen an Dritte)
- Bericht und Antrag 15103 Baurechtsvertrag Altpfadfinderstiftung zur Errichtung eines Pfadiheims auf der Parzelle Nr. 3179 – Genehmigung
- Bericht und Antrag 15104 Geschäftsbericht mit Jahresrechnung der Einwohnergemeinde Wohlen
- Kenntnisnahme Finanzplan 2025-2034 (15105)
- Bericht und Antrag 15106 Schulzentrum Bünzmatt – Verpflichtungskredit für die Projektierung Neubau Zyklus-1-Schulhaus mit Turnhalle
- Bericht und Antrag Schulzentrum Junkholz – Verpflichtungskredit für die Projektierung Neubau Zyklus-1-Schulhaus
- Bericht und Antrag 15108 Schulraumprovisorien Bünzmatt und Junkholz – Projektierungskredite
- Antwort zur Anfrage 15091 betreffend Herausgabe von Adressen (überarbeitete Version)
- Haltung zur Motion 15078 betreffend Verkauf der Liegenschaft Steingasse 45
- Haltung zur Motion 15084 betreffend markante Reduktion der Jahresgebühren für Dauerparkkarten
- Einladung zur 17. Einwohnerratssitzung vom 13. Mai 2024
- Schulzentrum Halde – Einladung Eröffnungsfeier Primarschule vom 29. Juni 2024
- Einladung zur Informationsveranstaltung «Umsetzung Schulraumstrategie – Projektierungskredite zusätzlicher Schulraum»

### **Verabschiedung Corinne Manimanakis**

Manimanakis Corinne, SP: Zuerst Danke – dass ich mein Rücktrittsschreiben selbst vorlesen darf. «Ja», mit einem Lachenden und einem Weinenden Auge verlasse ich den Einwohnerrat. Gut zwei Jahre durfte ich im Inneren-Ring inne halten und mitgestalten. An dieser Stelle einen grossen Dank, an das Stimmvolk von Wohlen, welches das Vertrauen in mich hatte und mir noch mal die Chance für ein «Come Back» in den Einwohnerrat ermöglicht hat. Und so durfte ich noch einmal mit Herzklopfen Referate halten und meine Meinung offen und ehrlich kundtun. Dafür sage ich einfach von ganzem Herzen, danke. Gerne möchte ich jetzt aber mit meinem Rücktritt, einer neuen unverbrauchten Kraft im Einwohnerrat Platz machen, denn mir fehlen zunehmend Herzblut, Ausdauer und Spass, um weiterhin im Einwohnerrat, mit vollem Engagement, dabei zu sein. Der sogenannte «Biss» fehlt mir immer mehr und so möchte ich meine Nerven und meine Energie in Zukunft anders einsetzen – wenn auch immer noch Vollblut für die SP. Aus all diesen Gründen gebe ich nun meinen Rücktritt bekannt. Für das weitere Politikgeschehen, wünsche ich Ihnen weise Weitsicht, genügend Geduld, ausdauernden Anstand, ein Respektvolles Miteinander und dass Ihr Herz ganz im Sinne für das Wohl von Wohlen schlägt. Aber bitte denken Sie bei Ihrer wichtigen Stimme immer daran: «Aufgeschoben ist nicht aufgehoben!» Und vielleicht gerade schon heute Abend bei den Referaten, liegt oftmals in der Kürze die Würze. Zum Schluss noch eine letzte Anmerkung: «Zusammen geht es einfach besser – Politik hin oder her». In diesem Sinne wünsche ich allen viel Glück, lieben Dank für die Zeit im Rat und wir sehen uns ganz bestimmt wieder einmal im schönen Wohler Dorf.

**Inpflichtnahme von Eugen Galliker, FDP**

---

Läufer Marc, Präsident: liest das Amtsgelübde vor.

Eugen Galliker, FDP, leistet für den Rest der Amtsperiode 2022/2025 das Amtsgelübde gemäss § 2 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates. Eugen Galliker ist somit als Nachfolger von Daniel Scherrer, FDP, in Pflicht genommen.

**Ersatzwahl 1 Mitglied der Einnahmenkommission**

---

Keller Samuel, FDP/Dorfteil Anglikon: Wir empfehlen Lionel Zingg als Ersatzmitglied der Einnahmenkommission, anstelle von Daniel Scherrer. Lionel Zingg wohnt seit Geburt in Wohlen und studiert derzeit Politik, Philosophie und Wirtschaft in Luzern. Seit zwei Jahren ist er Mitglied des Einwohnerrates und kennt damit die Gemeinde und den Ratsbetrieb gut. Seit Beginn dieses Jahres sammelt er neu als Fraktionspräsident Erfahrungen in der parteiübergreifenden Zusammenarbeit. Mit dem Einsitz in der Einnahmenkommission möchte sich Lionel Zingg für das finanzielle Wohl der Gemeinde einsetzen. Wir empfehlen Lionel Zingg als neues Mitglied der Einnahmenkommission.

Pascolin Laura, SP: stellt den Antrag auf offene Wahl.

**Abstimmung über offene Wahl**

Der Antrag auf offene Wahl wird einstimmig angenommen.

**Abstimmung**

Lionel Zingg wird mit 36 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung als Ersatzmitglied der Einnahmenkommission gewählt.

**Kenntnisnahme Finanzplan 2025-2034 (15105)**

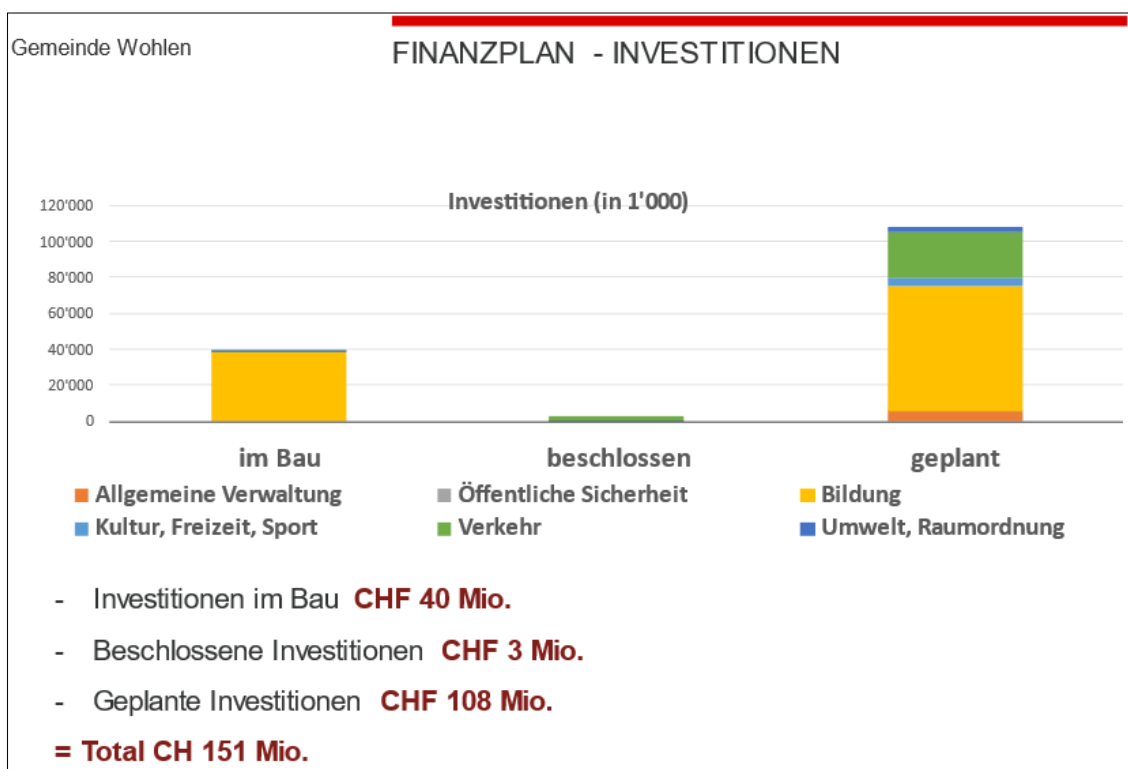
Heinrich Daniel, Präsident FGPK: An der FGPK-Sitzung vom 25. April 2024 waren Gemeindeammann Arsène Perroud, Gemeinderätin Denise Strasser, Bereichsleiter Finanzen und Ressourcen Thomas Laube und Finanzverwalter Roland Frick anwesend. Der Finanzplan sieht eine Investitionsplanung im Zeitraum 2025 bis 2034 von sage und schreibe CHF 151 Mio. vor. Anfänglich waren es CHF 168 Mio. davon wurden CHF 17 Mio. gestrichen oder weiter in die Zukunft geschoben. Dieser Betrag könnte also latent sein und wieder präsent werden. Wie setzt sich diese grosse Summe zusammen? CHF 39.8 Mio. sind im Bereich Bau des Haldenschulhauses bereits realisiert. CHF 2.9 Mio. sind bereits beschlossen. CHF 108.1 Mio. befinden sich im Status «geplant». In den nächsten zehn Jahren werden somit im Durchschnitt CHF 13.7 Mio. investiert. Wobei im Zeitraum 2024 bis 2029 – also in den kommenden sechs Jahren – der jährliche Durchschnitt CHF 21 Mio. betragen soll. Die Investitionssumme betrifft drei Bereiche. CHF 108 Mio. im Bereich Bildung, CHF 29 Mio. im Bereich Verkehr und CHF 6 Mio. im Bereich Allgemeine Verwaltung. Wie soll diese enorme Summe finanziert werden? Der Steuerfuss von 116% ist für dieses Jahr per Volksentscheid gesetzt. Mit der Erhöhung des Steuerfusses ab dem Jahr 2025 bis 2029 auf 120% und ab dem Jahr 2030 bis 2034 auf 124% möchte der Gemeinderat die Investitionen finanzieren. Dazu braucht der Gemeinderat ein Ja im Einwohnerrat und was noch viel wichtiger ist, ein Ja an der Urne vom Stimmvolk. Der Einwohnerrat ist auch gefordert. Jedes zukünftige Geschäft genau zu prüfen, die Kosten zu hinterfragen und nach alternativen Lösungsmöglichkeiten zu fragen und zu suchen. Dies war auch ein Grund, dass eine Mehrheit der FGPK die drei Verpflichtungskredite für die Neubauten der Zyklus-1-Schulhäuser 15106, 15107 und 15108 verschoben hat, sodass die FGPK und die Fraktionen mehr Zeit zur Besprechung, zur Prüfung, zur Analyse und zur Entscheidungsfindung hat. Dies sind wir dem Souverän, welcher uns gewählt hat, schuldig. Jedes Geschäft muss hinterfragt werden. Vielleicht kommt jetzt eine Zeit, in welcher die Gemeinde andere Wege beschreiten muss und Geschäfte, welche für alle Gemeinden eine Herausforderung darstellen, zusammen anzuschauen und gemeinsam Lösungen zu finden. Die FGPK nimmt den Finanzplan 2025-2034 mit wachem Auge zur Kenntnis.

Strasser Denise, Gemeinderätin: Der Finanzplan 2025-2034 präsentiert sich in einem ähnlichen Rahmen wie der letztjährige. Beim Finanzplan handelt es sich um eine rollende Planung. Er dient zur Beurteilung der Finanzlage.

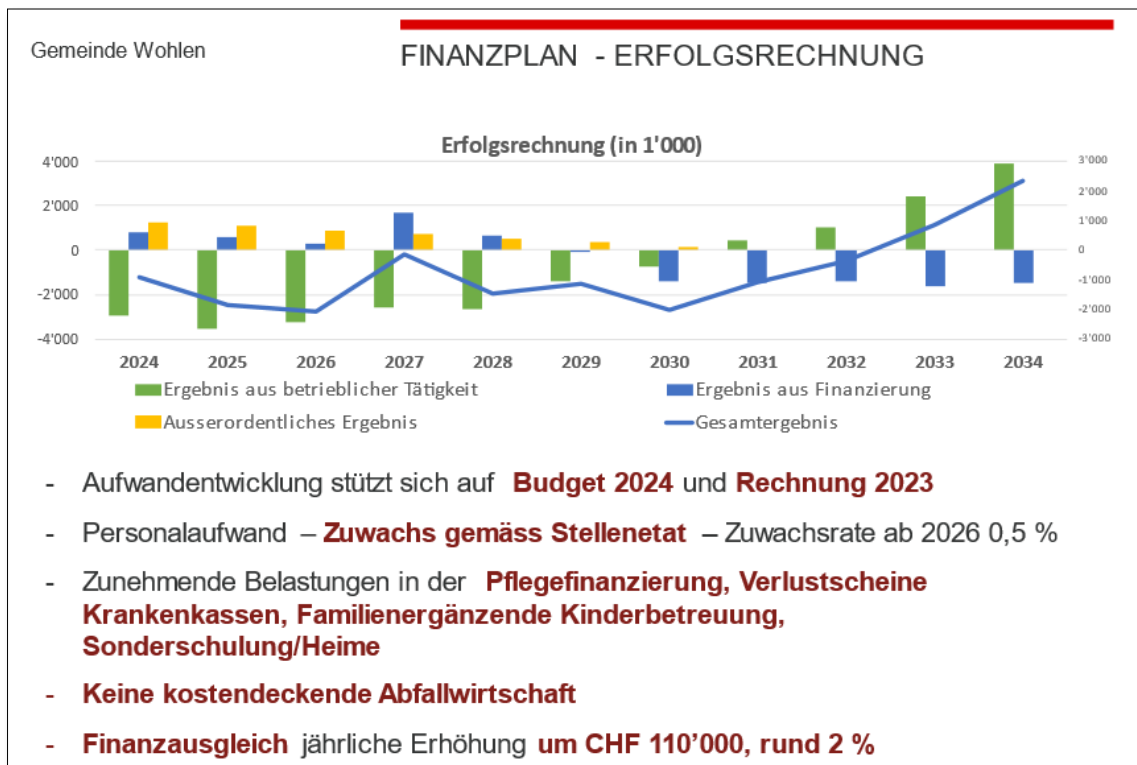
Gemeinde Wohlen	<b>FINANZPOLITISCHE ZIELE</b>
<ul style="list-style-type: none"><li>- Durchschnittliche Eigenfinanzierung <b>CHF 4 – 5 Mio.</b></li><li>- Mittelfristiges <b>Haushaltgleichgewicht</b> erreichen</li><li>- Rollende Finanzplanung zur <b>Beurteilung der Finanzlage</b></li><li>- Investitionen vorausschauend und unter Berücksichtigung ihrer <b>Notwendigkeit und Tragbarkeit</b> planen</li><li>- Pro-Kopf-Steuerertrag (Normsteuerertrag) orientiert sich am <b>Kantonsmittel</b></li></ul>	

Dabei sollten auch den finanzpolitischen Zielen Beachtung geschenkt werden, wie z.B. die durchschnittliche Eigenfinanzierung von CHF 4 bis 5 Mio., welches der Gemeinderat als Ziel in das Legislaturprogramm aufgenommen hat. Das mittelfristige Haushaltgleichgewicht muss erreicht werden und die Investitionen sollten – unter der Berücksichtigung der Notwendigkeit und Tragbarkeit – geplant werden. Der Finanzplan

zeigt einmal mehr die Schwierigkeit auf, mit dem relativ tiefen Pro-Kopf-Steuerertrag alle Aufgaben erfüllen zu können.

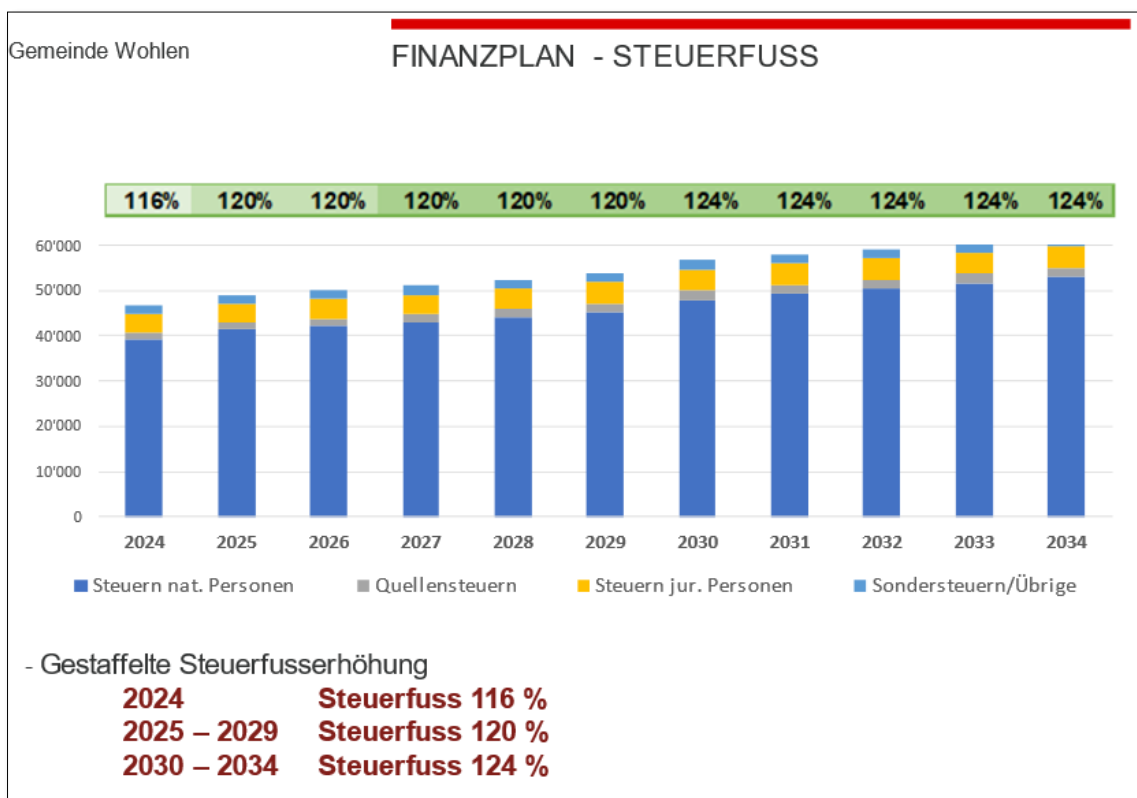


Die grösste Investition – über den gesamten Finanzplan gesehen – betrifft mit einem Betrag von CHF 108 Mio. die Position Bildung. CHF 29 Mio. betreffen den Verkehr und CHF 6 Mio. die Verwaltung. Die Investitionen sind auf den Bau, beschlossene Investitionen und geplante Investitionen aufgeteilt. Diese wiederum sind unterteilt in verschiedene Bereiche. Im Bau sind Investitionen im Betrag von CHF 40 Mio. vorgesehen, welche hauptsächlich das Haldenschulhaus betreffen. Weiter wurde die Sanierung der Friedhof-/Freiämterstrasse mit einem Betrag von CHF 3 Mio. beschlossen. Bei den geplanten Investitionen betrifft der grösste Teil den Bereich Bildung. Im letzten Finanzplan wurden generell CHF 30 Mio. für die Schulraumerweiterung eingestellt. Die Projekte für die Zyklen-Schulhäuser, wie Farn, Junkholz und Bünz matt wurden nun erarbeitet. Zusätzlich sind noch Zwischensanierungen und Raumprovisorien notwendig. Bei den Strassenprojekten sind unter anderem die Sanierung und Aufwertung der Zentralstrasse, der Umbau der Bushaltestellen, der Neubau der Strassenbeleuchtung, die Erschliessung im Wil und die diverse anderen Strassensanierungen aufgeführt. Bei der allgemeinen Verwaltung ist die Umsetzung der ICT-Strategie geplant, die Sanierung und Umnutzung des Bankweg 2 sowie die Teilsanierung des Gemeindehauses aufgrund der Schadstoffe. Weiter ist die Ersatzbeschaffung eines Feuerwehrfahrzeuges, die Sanierung des Casinos und der Tennisplätze in den Niedermatten angedacht sowie die Altlastensanierung des Scheibenstandes und die Gesamtrevision der Nutzungsplanung.

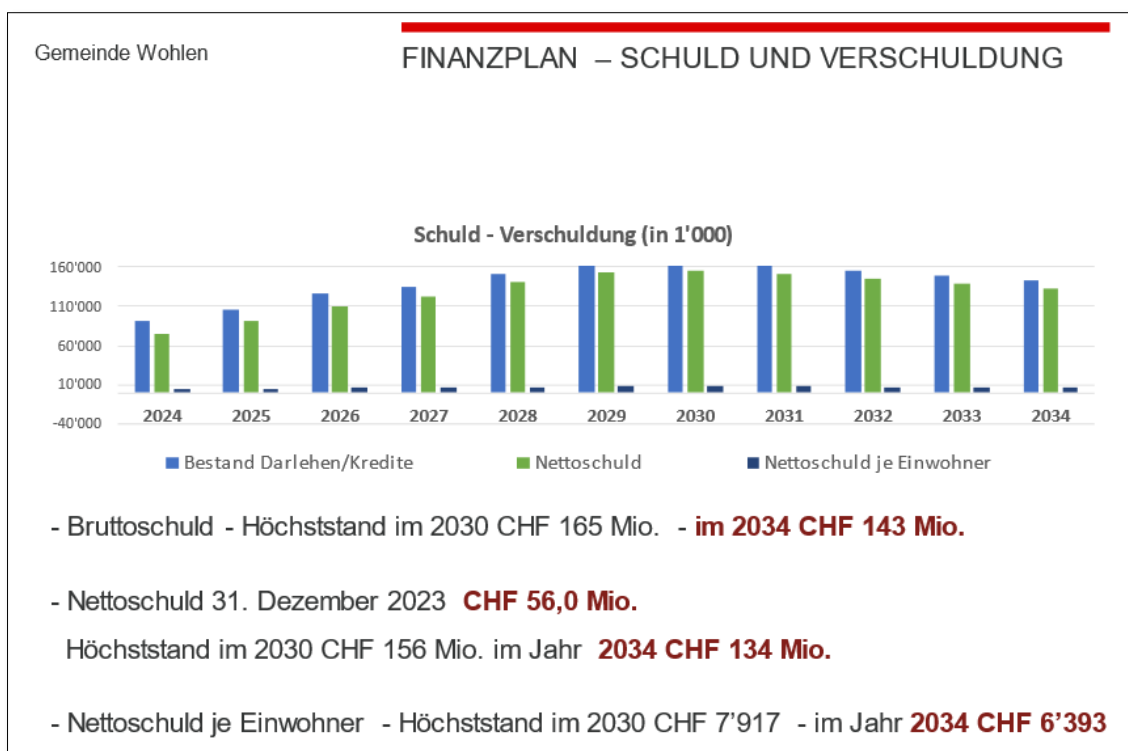


Wie Sie sehen, werden der steigende Aufwand in den grösseren Bereichen, aber auch die Erträge bereits in der Planerfolgsrechnung berücksichtigt.

Das Ergebnis aus der betrieblichen Tätigkeit bleibt bis ins Jahr 2031 im Minus. Das Ergebnis aus der Finanzierung verläuft umgekehrt. Das Ergebnis verringert sich, erhebt sich im Jahr 2027 noch einmal durch den Verkauf des Gewerbelandes im Wil und befindet sich im Jahr 2029 im Minus. Aufgrund von Investitionen wird Fremdkapital benötigt und durch die Verzinsung von diesem steigt der Finanzaufwand ab dem Jahr 2029 auf CHF 3 Mio. Das Gesamtergebnis ist ab dem Jahr 2033 wieder positiv.



Der Gemeinderat wird voraussichtlich mit dem Budget 2025 erneut eine Steuerfusserhöhung – auf 120% – beantragen. Ein Steuerfuss von 116% reicht einfach nicht aus. Anschliessend wird es eine Staffelung ab dem Jahr 2030 mit 124% geben.



Der Höchststand der Verschuldung wird im Jahr 2030 mit CHF 156 Mio. erreicht werden. Auch die Nettoschuld pro Einwohner ist im selben Jahr mit einem Betrag von CHF 7'917 am höchsten. Die Nettoschuld nimmt anschliessend ab dem Jahr 2034 auf CHF 134 Mio. ab und die Nettoschuld je Einwohner beträgt im Jahr 2034 noch CHF 6'393.

### Fraktionsmeinungen

Pascolin Laura, SP: Die SP-Fraktion verweist auf die Seite 18 des Finanzplanes, auf welcher der Gemeinderat transparent über die Schuldenobergrenze spricht. Der Gemeinderat steckt in einer Zwickmühle. Aufgaben müssen erfüllt und notwendige Investitionen getätigt werden, insbesondere beim Schulraum, während die Verschuldung stetig steigt. Ein Finanzplan ist ein Steuerungsinstrument oder besser gesagt ein finanzpolitisches- und Orientierungsinstrument der Exekutive und der Verwaltung, jedoch nicht rechtlich bindend. Es stellt sich die Frage, welchen Einfluss der Einwohnerrat auf den Finanzplan hat. Als Legislative kann der Einwohnerrat die Festlegung von Prioritäten verlangen, um Ressourcen effektiver einzusetzen. Damit sind nicht die Sparübungen bei der Budgetdebatte gemeint. Es bedarf einer strategischen Auseinandersetzung. In Bezug auf die strategische Betrachtung, möchte die SP-Fraktion die Finanzministerin fragen, ob die verschiedenen Szenarien und deren Auswirkungen eine Diskussionsgrundlage bei der Erstellung des Finanzplanes berücksichtigt wurden. In anderen Worten bei den Schlüsselkennzahlen wie Ergebnis, Selbstfinanzierung und Verschuldung. Zum Beispiel:

#### Szenario 1 (aktuell)

- Kein Leistungsausbau ohne gesetzlichen Auftrag
- Hohe Investitionen gemäss aktuellem Plan

#### Szenario 2 (Steuerwettbewerb)

- Konsequenter Leistungsabbau
- Konsequente Reduktion der Investitionstätigkeit
- Konsequente Veräusserung des veräusserbaren Finanzvermögens

### Szenario 3 (vorwärts)

- Ausbau des Leistungsangebotes
- Verfolgung eines gezielten Standortmarketings mit Erhöhung des Aufwands bei gleichzeitiger Reduktion der Investition
- Teilweise Veräusserung und gleichzeitig gezielte Investitionen ins Finanzvermögen.

Uns interessiert also nicht nur der Steuerfuss. Die Grundlagen für die Erarbeitung des Finanzplanes sind gemäss Seite 4 das Leitbild – für welches ich kein Erstellungsdatum gefunden habe – das Legislaturprogramm 2022-2025, das Budget 2024 und die Rechnung 2023. Zwischen dem Leitbild und Finanzplan wäre eine Finanzstrategie wünschenswert. Eine entsprechende Motion wird folgen – also es kommt auf die Antwort der Finanzministerin darauf an. Die SP-Fraktion bedankt sich bei den Verfassern und nimmt den Finanzplan zur Kenntnis.

Zingg Lionel, FDP/Dorfteil Anglikon: Wir können den Finanzplan 2025-2034 in der vorliegenden Form nicht unterstützen. Wir begrüssen zwar die Reduzierung des Investitionsvolumen von CHF 17 Mio. im Vergleich zur letzten Planperiode. Um unsere Gemeinde jedoch auf ein nachhaltiges finanzielles Fundament zu stellen, müssen aber deutlich mehr Reduktionen im Investitionsplan vorgenommen werden. In der Bildung sollen neue Schulhäuser aus dem Boden gestampft und CHF 108 Mio. ausgegeben werden. Mit CHF 108 Mio. könnte die Gemeinde Wohlens übrigens drei Eurovision Song Contest durchführen, wenn man den letztjährigen Contest in Liverpool als Referenz nimmt. Einfach als Vorstellung, um welche hohe Zahl es sich bei CHF 108 Mio. handelt. Die neuen Zyklus-Schulhäuser sind im Finanzplan mit zu hohen Kosten veranschlagt. Wir erwarten, dass im Hinblick auf die neue Schulraumstrategie günstigere Alternativen detailliert geprüft werden. Die Summe von CHF 108 Mio. stellen wir nicht grundsätzlich in Frage. Qualitativ guter Schulraum ist eine wichtige Investition für die Zukunft allerdings muss der Betrag deutlich tiefer ausfallen, als er aktuell im Finanzplan aufgeführt ist. Die hohen Investitionsausgaben führen zu massiven Finanzierungslücken sowie zu einer unverantwortlichen Neuverschuldung. Eine Erhöhung des Steuerfusses auf bis zu 124% ist für uns in keiner Weise tragbar. Damit würde die Gemeinde Wohlens definitiv zur Steuerhölle im Kanton zählen. Es mag verlockend sein, die enorm hohen Investitionsausgaben über höhere Steuern zu finanzieren, was die Bevölkerung jedoch nicht goutiert. Das diesjährige Budget hat in der Bevölkerung nur eine knappe Mehrheit gefunden und dies, obwohl der Einwohnerrat Kürzungen vorgenommen hat und somit den Steuerfuss 4% tiefer als der Vorschlag des Gemeinderates, angesetzt hat. Wenn man die bisherigen Abstimmungsergebnisse zu Steuererhöhungen respektiert, dann gibt es nur den Weg über weniger Investitionsausgaben und ein tieferes Stellenwachstum. Ein Steuerfuss von 120% oder mehr ist nicht vertretbar. Vor allem wenn es grössere Finanzierungsposten gibt, bei welchen man Einsparungen vornehmen kann. Wir sprechen hierbei nicht von Beträgen von mehreren tausend Franken, über welche wir heute allenfalls noch diskutieren werden, da diese unsere finanzielle Lage nicht wirklich verbessern. Wer zukünftig keinen Steuerfuss von 124% will, der muss zu teuren Investitionsausgaben nein sagen können. Ob dies schon diesen Juni, diesen Herbst oder noch später der Fall sein wird, lassen wir offen. Ein Blick auf den Stellenplan zeigt eine Überraschung. Bereits nach den durch den Einwohnerrat im Herbst 2023 nur äusserst knapp angenommenen Stellenerhöhungen sollten nun in den nächsten zwei Jahren 650 Stellenprozente bewilligt werden. Das sind wiederkehrende Kosten von deutlich mehr als zwei Steuerprozenten. Uns liegt keine detaillierte Begründung zu diesen Stellenerhöhungen vor. Aus diesem Grund werden wir darüber nicht abschliessend urteilen. Wir können uns als Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon vorstellen, nur in seltensten Fällen Stellenerhöhungen zuzustimmen. Die Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon nimmt den Finanzplan äusserst kritisch zur Kenntnis.

Stäger Philipp, GLP/EVP: Wenig überraschend ist die Fraktion GLP/EVP auch dieses Jahr äusserst besorgt über die Zahlen des Finanzplans unserer Gemeinde. Zwar konnten wir lesen, dass die geplanten Investitionen gegenüber dem Vorjahr von CHF 168 Mio. auf CHF 151 Mio. runterkorrigiert werden konnten. Doch auch mit einer 2-maligen Steuerfusserhöhung um je satte 4% weist die Plan-Erfolgsrechnung bis 2032 ausschliesslich negative Gesamtergebnisse aus. Etwas besser sehen die prognostizierten Ergebnisse am rechten Ende der Tabelle aus. Doch wie wir wissen, sind diese Zahlen mit viel Unsicherheit behaftet. Denn ob sich zum Beispiel die Zinsen bis 2034 wie im Finanzplan angenommenen auf 3.1% erhöhen, unerwarteterweise wieder sinken oder aber in exorbitante Höhen schnellen, können weder wir noch der Gemeinderat vorhersehen. Und erfahrungsgemäss tauchen mittel- bis langfristig auch oft Kosten und Investitionen auf, welche zur heutigen Zeit noch nicht vorhersehbar waren. Es könnten sich natürlich auch die eine oder andere Position nach hinten verschieben oder optimalerweise ganz verschwinden. In der Regel trifft jedoch leider eher der erste Fall ein. Denn wenn wir die Planungen der vergangenen Jahre anschauen, dann haben sich die Planjahre in der Überschrift zwar standardmässig nach links verschoben, die negativen Ergebnisse in den einzelnen Spalten sind jedoch nicht mitgewandert, sondern verschoben

sich immer weiter in die Zukunft. Auch die anderen Finanzkennzahlen zeigen ein düsteres Bild. Insbesondere die hohe Verschuldung – im Jahr 2030 sind es gemäss Finanzplan CHF 155 Mio. oder fast CHF 8'000 pro Einwohner – macht uns Sorgen. Dies ist mehr als die gesamten Steuererträge aus drei Jahren. Sollten die Zahlen ab 2030 tatsächlich wieder besser werden und sollte es uns dann zusätzlich noch gelingen durchschnittlich 10% der Erträge für die Tilgung der Kredite einzusetzen, dann wären diese circa 2060 abgetragen – und spätestens dann kommen wohl die nächsten grossen Investitionen. Aufgrund der notwendigen Investitionen will (oder muss) die Gemeinde gemäss Finanzplan viel zusätzliches Fremdkapital aufnehmen. Mit einem Durchschnittszinssatz von aktuell 1,33% bezahlen wir bereits heute über CHF 1,1 Mio. Zinsen, was rund drei Steuerprozenten entspricht. Der Finanzplan zeigt bis 2029 neue Darlehen und Kredite im Umfang von CHF 120 Mio. Diese werden dann wohl eher mit einem durchschnittlichen Zinssatz von 2 bis 3% verzinst werden müssen, was dann rund 8 zusätzlichen Steuerprozenten entspricht – notabene nur für Kapitalkosten. Abschreibungen der Investitionen sind darin noch nicht enthalten. Ich möchte nun jedoch nicht weiter in die Tiefe gehen – wir hoffen, dass alle erkannt haben, wie es um die künftige Lage unserer Gemeinde steht und, dass aktuell keine Luxus- und nicht zwingend notwendige Projekte möglich sind. Wir möchten aber auch nochmals darauf hinweisen, dass es sich beim Finanzplan «nur» um ein Planungsinstrument handelt. Wir als Einwohnerräte, respektive das Volk, haben weiterhin das letzte Wort und sollten ganz nach dem Motto «wir haben keine Chance also nutzen wir sie» handeln – die erste Chance bietet sich bereits am 9. Juni. Die Fraktion EVP/GLP nimmt den Finanzplan zur Kenntnis und dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung, wenn sie bei all ihren Handlungen und präsentierten Geschäften die finanziellen Auswirkungen im Fokus behalten und die Notwendigkeit sowie Tragbarkeit in ihren Einschätzungen ganz oben priorisieren.

Schmid Patrick, Grüne: Der Finanzplan ist aus finanzieller Sicht ein wichtiges, wahrscheinlich sogar das wichtigste Steuerungselement der Gemeinde Wohlen. Es weist eine hohe Genauigkeit auf und zeigt künftige Entwicklungen bereits auf Jahre im Voraus an. Ebenso sind die grossen Geschäfte der Gemeinde über Jahre Teil des Finanzplans. Viele der sogenannten «Überraschungen» entpuppen sich als lange vorbereitete Geschäfte, welche bei jeder Einwohnerrätin/jedem Einwohnerrat schon lange hätte auf dem Radar sein müssen. Ebenso ersichtlich sind die grossen Ausgaben in dem Bereich, welcher schlichtweg im Pflichtenheft der Gemeinde steht. So etwa die Bereitstellung von genügend Schulraum, von qualitativ genügen den Verhältnissen und die Kosten der Pflegerestkostenversicherung sowie anderer Sozialausgaben, welche wir nicht loswerden. Daraus resultiert, dass die geplanten Steuerfusserhöhungen, welche auch im Finanzplan ersichtlich sind, nicht einfach ein Wunschkonzert nach Luxus darstellen, sondern dazu dienen, ein finanzielles Gleichgewicht herzustellen und einen Schuldenabbau zu betreiben. Und auch um die Lebensqualität im Dorf aufrechtzuerhalten. Wir sehen die Reduktion von CHF 17 Mio. gegenüber der letzten Planungsperiode eher kritisch. Auch wenn der Gemeinderat betont, dass es sich um hart erkämpfte Einsparungen handelt. Wir haben im Hinterkopf, dass es sich dabei um aufgeschobene, notwendige Investitionen handelt, welche unnötig verschoben wurden. Wir nehmen den Finanzplan zur Kenntnis und bedanken uns für die Erstellung.

Hauri Claudia, SVP: Wir alle hier im Saal wünschen uns eine offene und klare Kommunikation. Schön wäre es, wenn dies von Seiten des Gemeinderates auch so gelebt werden würde. Ein gutes Beispiel ist der uns vorliegende Finanzplan. Am Anfang des Berichts auf Seite zwei, lobt der Gemeinderat, dass das Investitionsvolumen im Vergleich zum Vorjahr um CHF 17 Mio. auf CHF 151 Mio. hat reduziert werden können – ja, das ist korrekt aber nur die halbe Wahrheit. Durch die zeitliche Verschiebung um ein Jahr sind grosse Investitionen im Jahr 2023 von total 19 Mio. im aktuellen Finanzplan nicht mehr mitgezählt. Ich spreche hierbei die getätigten Investitionen Halde und Junkholz an. Erst weiter hinten auf Seite 18 wird die Realität kommuniziert, dort wo ein paar von uns nicht mehr genau lesen. Dort steht, dass selbst für den Gemeinderat die Projektion des Schuldenstands sehr besorgniserregend ist und dieser Schuldenstand erhebliche Auswirkungen auf den Gemeindesteuerfuss generieren wird. Weshalb wird in der langfristigen Planung nicht transparent aufgezeigt, wie der Schuldenbestand reduziert werden soll? Entweder durch tiefere Investitionen oder noch höhere Steuern. Theoretisch einfach. Hat der Gemeinderat Angst, die Realität für seine angeblich notwendigen Investitionen abzubilden? Ist es möglich, dass selbst der Gemeinderat nicht an weitere Steuerfusserhöhungen glaubt, um so auf einen akzeptablen Schuldenstand zu kommen? Das Resultat haben Sie vor sich zur Kenntnisaufnahme. Nennt man dies eine klare und offene Kommunikation? Für mich als Finanzexpertin ist dies ein Schönreden der Tatsache, dass man in Wohlen mit Vollgas in den Bankrott fahren wird, wenn wir so weiter machen. Drei Fakten: Das Schulhaus Halde – der Bau läuft. Gemäss dem aktuellen Finanzplan sind insgesamt CHF 59 Mio. geplant. Die definitiven Kosten sind noch offen. Es wird von einer verantwortbaren Neuverschuldung gesprochen, wenn die Nettoinvestitionen mit mindestens 70% aus eigenen Mitteln finanziert werden können. In Wohlen ist eine Nettoschuld im Jahr 2034 von CHF 143 Mio. geplant. Nur 51% der geplanten Investitionen können wir mit eigenen Mitteln finanzieren und dies trotz der abgebildeten Steuerfusserhöhungen. Nur zur Information, im Jahr 2023 haben

wir 20% der Investitionen selbst finanziert. Gesund wären 70%. Die gesetzlichen Vorgaben zum mittelfristigen Haushaltsgleichgewicht sind auch nicht erfüllt. In den Jahren 2022 bis 2028 muss das Gesamtergebnis null sein. Wir haben ein Minus von CHF 2 Mio. Wir verstossen hierbei gegen ein Gesetz, übrigens wie beim Grüngut, mit dem Unterschied, dass es dieses Mal den Grossteil des Gemeinderates nicht interessiert. Ich hoffe, mit diesen Aussagen einigen von ihnen die Augen geöffnet zu haben. Wir von der Fraktion SVP Wohlen/Anglikon wollen im aktuellen Prozess verantwortungsvolle und tragbare Lösungen finden. Wir werden das Hinausschieben der Investitionen und alternative, weniger luxuriöse Lösungen, bevorzugen. Nach dem betriebswirtschaftlichen Prinzip, der Prioritäten und dem gesunden Menschenverstand.

Heinrich Daniel, Die Mitte: Die Mitte hat sich den Finanzplan angeschaut und sieht die Problematik auch in den sehr hohen Investitionssummen und fragt sich in aller Ernsthaftigkeit, ob das Volk zu höheren Steuern Ja sagen würde. Was ist, wenn das Volk Nein sagt? Wie geht der Gemeinderat vor? Welche Lösungen schlägt er uns in Sachen Bildung, Verkehr oder bei den Stellen im Gemeindehaus vor? Das letzte Wort werden wir haben und Die Mitte wird sich sicher einbringen. Für Die Mitte ist klar, Wohlen wächst und entsprechend wird es auch mehr schulpflichtige Kinder geben. Im Finanzplan wurde dies mit den Schulräumen klar signalisiert. Wie lösen wir das Problem mit der Infrastruktur? Mit Neubauten – können wir uns diese überhaupt leisten? Mit Provisorien – sind Provisorien gut? Müssen wir an dieser Stelle nacharbeiten? Schauen wir über die Gemeindegrenze? Wie lösen andere Gemeinden diese Probleme? Die Mitte wird offen sein für Lösungsvorschläge, die konstruktiv und sinnvoll sind. Für Die Mitte ist es auch wichtig, dass im Bereich Bildung die Qualität unter keinen Umständen zu leiden hat. Mit Qualität ist die schulische Bildung gemeint und nicht schöne, luxuriöse Schulbauten. Wie aber können wir dies erreichen? Da ist die Schule gefragt. Die Schule hat die Pflicht, die richtigen Lehrer einzustellen und diese auch zu behalten. Wir können nur die finanziellen Mittel aufbringen, die im Finanzplan ausgewiesen sind, müssen diese aber kritisch hinterfragen. Im Bereich Verkehr steht jetzt eine Volksabstimmung an – die Zentralstrasse. Daraus wird Die Mitte ihre Schlüsse ziehen und dementsprechend in der Zukunft ihre Strassenprojekte gewichten und hinterfragen sowie kritisch begutachten oder natürlich dann auch bestätigen. Die Mitte weiss, dass gewisse Kosten, welche im Finanzplan aufgelistet sind, getragen werden müssen. Damit ist der Unterhalt von den Infrastrukturen gemeint. Wir wissen auch, dass unsere Infrastrukturen sowie dessen Amortisation immer grösser werden. Bei den Gemeindestellen wird Die Mitte genau hinsehen und wissen wollen, wie diese finanziert werden sollen. Die Mitte nimmt den Finanzplan 2025 bis 2034 kritisch zur Kenntnis.

Strasser Denise, Gemeinderätin: Es ist so, wir könnten drei Eurovision Song Contest auf dem Merkur-Areal durchführen, doch bis auf ein paar verärgerte Anwohner hätten wir vermutlich nichts davon. Spass bei Seite, die Finanzlage von Wohlen ist schwierig, was, denke ich, allen hier bewusst sein dürfte und es wird mit jedem Jahr schwieriger. Jetzt kommen die Schülerzahlen – wir müssen den Schulraum bereitstellen. Stellen wir den Schulraum nicht bereit, müssen wir nach Mietlösungen suchen. Auf Dauer ist dies nicht günstiger. Laura Pascolin, wir können leider nicht zwischen Szenarien wählen. Wir haben wachsende Ausgaben wie die Restkosten, die Pflegefinanzierung sowie Ausgaben, welche wir nicht beeinflussen können. Wir haben Mühe, die Ausgaben der laufenden Rechnung über den Steuerertrag abzudecken. Dazu kommen Investitionen, welche wir noch tätigen müssen und bei welchen wir auch nicht nachkommen. Die ganze Situation ist schwierig. Es ist ein Abwägen zwischen dem, was wir aushalten können und dem was wir brauchen. Schlussendlich müssen wir schauen, ob wir kostengünstige Lösungen finden können. Heraus-zögern oder gar nichts unternehmen ist keine Lösung.

## **Einzelvoten**

Christen Peter, SVP: Ich bin seit sechs Jahren im Einwohnerrat und kam in den Genuss von sechs Finanzplänen. Bereits vor sechs Jahren wurde angetönt, dass ein Gewitter aufzieht. Man hat es vor sechs Jahren schon gewusst. Das Verhalten im Rat war in keiner Art und Weise angepasst auf die kommende Situation. Wir haben immer versucht zu sparen und wurden leider nur sehr selten angehört. Unterdessen hat auch der letzte hier gemerkt, dass wir sparen müssen. Wir befinden uns nicht an einem bewölkten Himmel, sondern mitten in einem Orkan und bewegen uns in riesigen Schritten auf einen Abgrund beziehungsweise auf die Verarmung Wohlens zu. Um das Sparen werden wir nicht umher kommen. Wer jetzt dieses Votum mit einem Lachen begleitet, hat absolut nichts vom Ernst der Situation verstanden.

Pascolin Laura, SP: Ich weiss, dass sich der Gemeinderat in einer Zwickmühle befindet. Nichtsdestotrotz gibt es eine Finanzstrategie, welche zum Beispiel die Stadt Bern, Baden und anderen Gemeinden der Schweiz versucht haben zu erarbeiten. Dieses Problem haben andere Gemeinden auch. Ich wäre froh, wenn bei dieser Finanzstrategie die FGPK und die Einnahmekommission den Prozess auch mitbegleiten. Es geht darum, nicht aufzugeben und die aktuelle Situation zu akzeptieren, zu versuchen eine Lösung zu

finden und die Ressourcen besser, effizienter einzusetzen – man kann es probieren. Was dabei herauskommt, kann ich auch nicht sagen.

Nicoll Jonathan, SVP: Für mich ist die Überlegung relativ einfach. Ich staune, dass alle Parteien den Finanzplan kritisch betrachten, zum Teil stark kritisieren und staune gleichzeitig, dass wir auf der einen Seite hören – unterlegt mit Grafiken und Tabellen – wohin die Reise höchstwahrscheinlich gehen soll, auf der anderen Seite bekomme vom Gemeinderat ich jedoch nicht zu hören, wie man genau das Ruder herumreissen soll. Wir alle, sowohl der Gemeinderat als auch der Einwohnerrat sind für die Situation verantwortlich. Ich bin schon fast sechs Jahre im Einwohnerrat und stelle fest, dass jeder Antrag, sei es für einen Kredit, einen Umbau, eine Neufinanzierung oder die Aufnahme von Fremdkapital zu 95% angenommen wird. Jeder legt sein Wunschprogramm vor und der Einwohnerrat stimmt allem zu. Jetzt steht jede einzelne Person hier vorne und jammert darüber, in welchem Drama wir uns befinden. Sie alle haben diese Situation zu verantworten. Wollen wir aus dieser Misere kommen, dann muss etwas passieren. Denn ab dem Jahr 2030 steigt es immer weiter an, aber die Kosten sind ja trotzdem vorhanden. Wenn man Fixkosten hat und sich in einer sehr eingeschränkten Lage befindet, sie am richtigen Ort reduzieren zu können, dann müssen wir uns überlegen, wie die Erträge gesteigert werden können. Das schaffen wir auch nicht mit einer Einnahmenkommission, sondern entweder beim gleich tiefen Pro-Kopf-Einnahmensatz einfach mehr Einwohner nach Wohlen zu bringen oder wir müssen Massnahmen treffen, welche Leute nach Wohlen ziehen lässt, die ein höheres Pro-Kopf-Einnahmensteuer-Ertragspotenzial haben. Wir können noch lange diskutieren. Wenn wir die Einnahmen nicht massgeblich steigern können, dann müssen alle aufhören die vielen Anträge mit den Millionen von Ausgaben einfach zu genehmigen. Fragen Sie sich einmal selbst, ob Sie als Person bereit sind, CHF 10'000 in die Hand zu nehmen und an diese Schuldenquote etwas mitzubezahlen. Wenn Sie dazu nicht bereit sind, dann sagen Sie bitte einmal Nein zu den vielen Ausgaben.

*Kenntnisnahme Finanzplan 2025-2034 der Einwohnergemeinde Wohlen AG.*

**Bericht und Antrag 15103 Baurechtsvertrag Altpfadfinderstiftung zur Errichtung eines Pfadiheims auf der Parzelle Nr. 3179 – Genehmigung**

---

*Vizepräsidentin Julia Frischknecht übernimmt die Leitung dieses Traktandums. Präsident Marc Läufer befindet sich im Ausstand.*

Meyer Hans Rudolf, FGPK: Die Pfadfinderbewegung hat eine lange Tradition und ist weltweit bekannt für ihre pädagogischen Ansätze und Abenteueraktivitäten im Freien. Die Pfadi Wohlen ist mit über 200 Mitgliedern eine der grössten Abteilungen im Kanton Aargau und beliebt bei Kindern und Jugendlichen. Sie bietet eine Vielzahl von Aktivitäten an, um die persönliche Entwicklung, soziale Kompetenzen und Teamarbeit zu fördern. Viele Eltern schätzen die positiven Auswirkungen, die die Teilnahme in der Pfadi auf ihre Kinder hat. Pfadisli sind an der Steingasse in einer alten Baracke und in einem muffigen Bunker einquartiert, Pfader im Pfaderheim am Tanneggweg, das in den Mittesechziger Jahren erbaut und 1968 eingeweiht wurde. Noch heute wird dieses rege genutzt, als Treffpunkt, Übungsstätte, Weekend-Behausung und Materiallagerort. Auch dieses Gebäude ist in die Jahre gekommen und bedarf einer umfassenden Renovation. Zudem steht das Gebäude in einer Einfamilienhauszone. In diesem Fall ist es sinnvoll, das alte Pfadiheim zu verkaufen und den Erlös in ein neues Pfadiheim zu stecken. Mit dem Grundstück an der Steingasse, welches in der Zone für öffentliche Bauten liegt, und von der Gemeinde im Baurecht ohne Baurechtszins abgegeben wird, hat die Pfadi Wohlen eine einmalige Gelegenheit ein Heim für «Pfadisli» und «Pfader» am richtigen Ort zu erstellen. Der Baurechtsvertrag mit einer Laufzeit von 50 Jahren kann in der Tat als relativ kurz angesehen werden, insbesondere wenn es um die Nutzung eines Gebäudes wie einem Pfadiheim geht. Ein längerer Baurechtsvertrag für die Pfadi könnte zahlreiche Vorteile bieten, insbesondere im Hinblick auf die Förderung von Jugendlichen und die langfristigen positiven Auswirkungen auf die Gemeinschaft. In der Regel werden Baurechtsverträge für längere Zeiträume abgeschlossen, oft für bis gegen 99 Jahre. Leider ist der Gemeinderat oder die Verwaltung nicht gewillt, eine längere Laufzeit zu gewähren. Aber die Altpfadfinderstiftung akzeptiert diesen Entscheid und ist froh, dass der für die Pfadi Wohlen so wichtige Vertrag jetzt hier zur Genehmigung vorliegt. Sie sind bestrebt ein gelungenes Gebäude zu erstellen. Die FGPK empfiehlt Ihnen einstimmig den Baurechtsvertrag zwischen der Gemeinde Wohlen und der Altpfadfinderstiftung zu genehmigen.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Jugendorganisationen im generellen und selbstverständlich die Pfadi Wohlen sind für den Gemeinderat wichtige Organisationen – es sind Herzensangelegenheiten. Es geht schlussendlich nicht nur darum, dass die Kinder an einem Samstag spielen können oder im Wald eine gute Zeit erleben, sondern auch darum, für die jungen Leiterinnen und Leiter Entwicklungsmöglichkeiten anzubieten sowie zu schaffen. In der Pfadi lernt man Freundschaften aufzubauen, zu pflegen oder auch zu beenden, man lernt das Diskutieren und das Politisieren – wie wir sehen, befinden sich einige Pfadis in unseren Reihen – man lernt, sich zu streiten und zu versöhnen, das Organisieren und das Planen, man lernt Kreativität sowie aus dem nichts etwas zu erschaffen. Man lernt Zelte aufzubauen, welche eventuell stehen bleiben oder auch nicht, man lernt das Organisieren von Lagern bei gutem oder bei schlechtem Wetter. Auch lernt man, mit den Eltern zu verhandeln oder mit Unternehmen zu diskutieren, wenn man Unterstützung benötigt. Mit anderen Worten, man lernt viel für das Leben. Dies sind Fähigkeiten, welche wir in der Gesellschaft brauchen, es sind Qualitäten, welche wir bei uns wollen. All dies kann man lernen, all dies kann man erfahren, wofür man einerseits viele engagierte Leute – sei es in der Pfadi oder in einem Altpfadfinderverein – braucht. Es braucht Orte sowie Infrastruktur, dass dies so gelebt und gelernt werden kann. In diesem Bereich sehen wir seitens des Gemeinderates die Aufgabe der Gemeinde. Wir möchten die Weiterentwicklung der Pfadi ermöglichen und dass diese Möglichkeiten für das Lernen bestehen bleiben können. Dafür benötigt die Pfadi Platz. Der Sprecher der FGPK hat es ausgeführt, es wird am bestehenden Ort, dem «Bienliheim» bei der «Bleichi», Platz für ein neues Pfadiheim benötigt. Aus Sicht des Gemeinderates ist der Standort bei der «Bleichi» ideal. Es gibt dort für die Gemeinde in den nächsten Jahren keinerlei Einschränkungen zu vergegenwärtigen. In dieser Zone gibt es keinerlei anderweitiger Entwicklungsbedarf für öffentliche Bauten und Anlagen. Wie der Name es sagt, handelt es sich um ein Areal, auf welchem viel Freizeitnutzung, viel Freiraum und Qualität stattfindet. Aus diesem Grund ist der Standort

für die Pfadi ideal. In den Verhandlungen mit dem Altpfadfinderverein wurden verschiedene Optionen geprüft und wieder verworfen – Optionen und Standorte, welche nicht funktioniert haben. Schlussendlich hat man sich auf den bereits bestehenden Standort geeinigt. Für die Bezahlung eines Baurechtszinses verfügt die Pfadi nicht über die finanziellen Mittel, weshalb ihnen hier ein unentgeltlicher Baurechtsvertrag vorgeschlagen wird. Dass wir als Gemeinde diesen Baurechtsvertrag zur Verfügung stellen, erachten wir als richtig, damit die Altpfadfinderstiftung zusammen mit der Pfadi Wohlen das Heim verwirklichen kann. Mit dem Baurecht investieren sie, wenn sie dem Geschäft zustimmen, in die Kompetenz und die Fähigkeiten von jungen Erwachsenen, welche irgendwann auch eine wichtige Rolle in der Gesellschaft spielen werden. Der Gemeinderat bittet sie, dem Geschäft zuzustimmen. Sollte dies der Fall sein, wovon wir ausgehen, so wünschen wir allen Altpfadis und aktiven Pfadis viel Erfolg bei der Umsetzung ihres Pfadiheimes.

## Fraktionsmeinungen

Wüthrich Barbara, Grüne: Gemeindeammann Arsène Perroud hat schon sehr gut zusammengefasst, was die Pfadi alles macht und leistet, weshalb ich mich kurzhalte. Die Pfadi ist eine Jugendorganisation, welche jungen Menschen einen Raum gibt sich zu entfalten und zu entwickeln. Die Pfadi fördert das Zusammenleben in der Gruppe und bildet junge Leiterinnen und Leiter zu verantwortungsvollen Erwachsenen. Auch ich durfte Teil davon sein und konnte von der Ausbildung sowie den lebenslangen Freundschaften profitieren. Wie man anhand der Foulards im Saal sowie auf der Tribüne sehen kann, bin ich nicht die einzige, welche diese Erfahrungen machen durfte. Die Pfadiheime der Pfadi Wohlen sind schon lange in einem sehr schütterten Zustand und werden einer Abteilung unserer Grösse nicht mehr gerecht. Das neue Heim und somit auch der Baurechtsvertrag bieten die Grundlage für unvergessliche und lehrreiche Pfadi-Erlebnisse für die weiteren Generationen von jungen Pfadis. Aus diesem Grund ein klares Ja zum Baurechtsvertrag.

Kündig Adrian, SVP: Die Thematik wurde bei uns in der Fraktion deutlich länger diskutiert als geplant. Aktuell ist die «Bleichi» ein Kultur- und Begegnungszentrum. Gemäss FGPK-Protokoll wird uns versichert, dass keine Schulräume mehr geplant sind, da diese im neuen Schulhaus Halde vorhanden sind. Auch eine Rückweisung war bei uns Thema, da nicht klar war, was auf dem Hofmatten Areal passiert. Wir erachten es als notwendig, dass alle bereits ansässigen Vereine, in Sachen Baurechtsvertrag, gleichgehalten werden müssen. Auch wurde darüber diskutiert, die Steingasse 45 – das bekannte, unbewohnte Haus unterhalb des renovierten «Säckelmeisterhauses» wie man so schön sagt – nach einer Sanierung, als Pfadiheim zu nutzen. Letztendlich wird unsere Fraktion diesem Bericht und Antrag mehrheitlich zustimmen.

Arnet Martina, SP: Die Pfadi Wohlen engagiert sich als Jugendorganisation seit 1932 für die Gemeinde Wohlen und die Region und gehört mittlerweile zur grössten Abteilung im Kanton. In der Pfadi verbringen Kinder und Jugendliche viel Zeit in der Natur. Dabei lernen sie Wertschätzung gegenüber der Natur, den Tieren und den Mitmenschen zu zeigen. Jeden Samstag organisieren engagierte Leiterinnen und Leiter Aktivitäten für Kinder und Jugendliche, gehen in den Wald, sind im Dorf unterwegs oder treffen sich im Pfadiheim. Das Pfadiheim ist ein wichtiger Ort für eine Pfadi-Abteilung und trägt zur Identifikation bei. Es ist ein Sitzungszimmer, eine Bastelwerkstatt, ein Materialraum, ein Theatersaal, eine Küche, eine Lounge und vieles mehr. Die aktuellen Pfadiheime sind alt und müssen saniert werden – sie können den Ansprüchen nicht mehr gerecht werden. Die Sanierung, insbesondere diejenige des Heims auf dem Bleichi Areal, ist zu vernünftigen Kosten nicht mehr realisierbar, weshalb es wichtig ist, dass die Pfadi Wohlen ein neues Heim bauen kann, welches den Bedürfnissen aller Stufen entspricht und den Leiterinnen sowie Leitern, wie auch den Kindern und Jugendlichen eine Heimat bietet. Die SP-Fraktion stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Knoblauch Aline, Die Mitte: Als ehemalige Pfadi-Leiterin liegt mir persönlich das Pfadiheim besonders am Herzen. Umso mehr ehrt es mich, dass ich in meinem ersten Votum als Einwohnerrätin die Fraktionsmeinung zu diesem Bericht und Antrag vertreten darf. Die Mitte Wohlen wird dem Baurechtsvertrag zur Errichtung des neuen Pfadiheims einstimmig zustimmen. In der Fraktion ist die Frage aufgetaucht, weshalb der Baurechtsvertrag von einer auswärtigen Notarin erstellt worden ist – in Wohlen gibt es auch gute Notare. Unsere Rückfrage ergab, dass der Baurechtsvertrag kostenfrei und ehrenamtlich erstellt worden ist. Die Dienstleistung wurde dankend entgegengenommen. Die Pfadi ist nicht nur ein Hobby, sie ist vieles mehr. Ich persönlich habe in der Pfadi viel Wissen sowie Erfahrung sammeln dürfen und habe viele Freundschaften geschlossen. Das Pfadiheim hatte bereits Renovationsbedarf als ich noch bei den «Pfadisli» war. Die Pfadi plant seit Jahren eine neue Lösung. Die Mitte Wohlen und ich persönlich freuen uns sehr über das Vorhaben der Pfadi und sind bereits jetzt gespannt auf das Ergebnis. Im Namen der Fraktion bedanken wir uns für das wertvolle, unermüdliche freiwillige Engagement aller Beteiligten und wünschen ihnen viel Erfolg dabei.

Zingg Lionel, FDP/Dorfteil Anglikon: Die Genehmigung des Baurechtvertrages mit der Altpfadfinderstiftung ist für die Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon unbestritten und notwendig. Wir schliessen uns allen Fraktionen an, welche ebenfalls einstimmig für die Genehmigung einstehen. Die Pfadi Wohlen setzt sich seit Jahren für einen respektvollen Umgang mit der Natur und der Umwelt ein. Viele in diesem Saal können bezeugen, dass die aktuelle Situation mit dem Pfadiheim in der Bleichi wirklich nicht mehr haltbar ist. Die Idee der Pfadi, beide Heime am Standort der Bleichi zusammenzulegen, ergibt Sinn. Der zweite Standort am Taneggweg befindet sich nämlich mitten in einem Wohnquartier. Dazu kommt, dass neben der «Bleichi» bekannterweise eine grosse Spielwiese und ein Spielplatz vorhanden ist. Zudem ermöglicht die neue Dreifachturnhalle Hofmatten in unmittelbarer Nähe eine attraktive Betriebsstruktur des neuen Heimes und beispielsweise auch eine Vermietung an Sportvereine. Die Pfadi Wohlen benötigt keine grossen Flächen sowie Infrastrukturen der Gemeinde und unterscheidet sich somit von anderen Vereinen. Dazu kommt, dass der Kernzweck der Pfadi gesellschaftlich immer wichtiger wird. In einer zunehmend polarisierten und von Klimaveränderungen geprägten Welt sind Respekt und Toleranz gegenüber Natur und Mitmenschen enorm wichtig. Die Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon genehmigt den Baurechtsvertrag einstimmig und dankt allen, welche sich ehrenamtlich für die Pfadi Wohlen einsetzen.

Andermatt Dennis, GLP/EVP: Unsere Fraktion steht für ein vielfältiges Sport- und Kulturangebot in unserer Wohngemeinde. Genau in dieses Feld passt die «Pfadi Wohlen» mit ihrem Antrag. Mit bis zu 200 Mitgliedern ist die Pfadi einer der grössten Vereine, der auf unsere Unterstützung zählen darf. Die Pfadi leistet einen unbestrittenen, grossen Beitrag an das kulturelle Leben von Wohlen und engagiert sich an Anlässen der Gemeinde, unter anderem das Jugendfest. Dies muss von uns ebenfalls honoriert werden. Alle Eckpfeiler des Antrags, sowie vom Baurechtsvertrag finden wir stimmig. Ein Neubau bei der Bleichi soll all den «Füchlis», den «Carambas», den «Chais», den «Legos», den «Kiwis» und wie so auch immer heissen, ein neues Obdach für ihre grossartige, identitätsstiftende Arbeit dienen. Somit bekommt die Gemeinde – quasi als Gegenleistung – ein neues Gebäude für keine Kosten. Auch nicht so schlecht. Unsere Fraktion stimmt dem Antrag der Altpfadfinderstiftung für einen Baurechtsvertrag einstimmig zu.

## **Einzelvoten**

Christen Peter, SVP: Wir waren bei diesem Geschäft kritisch, da es noch andere Vertreter auf diesem Areal gibt, welche in einer undefinierten Situation funktionieren – so zum Beispiel der Armbrustschützenverein und der Eisenbahnclub. Hier Anwesende auf der Tribüne kamen aktiv auf uns zu und suchten mit uns das Gespräch. Dies fanden wir sehr gut. Uns wurden kritische Fragen sehr gut beantwortet, was dazu führte, dass wir aufgrund dieser Informationen eine Entscheidung treffen konnten. An dieser Stelle möchte ich den Anwesenden auf der Tribüne danken, welche Freiwilligenarbeit in der Bauleitung, in der Architektur und in der Projektierung mit viel Herzblut leisten. Ich selbst wollte auch in die Pfadi gehen. Meine Eltern fanden diese Idee nicht so toll, da ich immer sehr wild war und sie das Gefühl hatten, ich werde dadurch noch wilder. Sie haben mich schon fast drangsaliert, die Jungwacht zu besuchen, was ich kategorisch abgelehnt habe. Schlussendlich hat mich das Leben gelehrt, dass die Pfadi eine gute Sache ist.

## **Abstimmung**

Der gemeinderätliche Antrag

*Genehmigung des Baurechtsvertrages zwischen der Einwohnergemeinde Wohlen, als Grundeigentümerin und Baurechtsgeberin und der Altpfadfinderstiftung, als Baurechtsnehmerin, betreffend des Grundstücks Nr. 3179 (abparzellierte Teilparzelle mit einer Fläche von 506 m<sup>2</sup>).*

wird einstimmig angenommen (eine Person befindet sich im Ausstand).

**Antwort zur Anfrage 15063 betreffend Vandalismus über das Osterwochenende in den Schulhausanlagen**

---

Büchi Roland, SVP: Ich danke dem Gemeinderat für die Antworten. Es ist natürlich schade, dass die Täter nicht geschnappt werden konnten. Aber was nicht ist, kann ja noch werden. Zwar bezahlt die Versicherung den Schaden, aber den Selbstbehalt muss die Gemeinde – respektive der Steuerzahler bezahlen. Ich hoffe, dass diese Anfrage ihren Teil beigetragen hat, dass sich der Gemeinderat dazu entschlossen hat, die Motion 15064 entgegen zu nehmen und den Einsatz von Überwachungskameras in Betracht zu ziehen. Mit den vorliegenden Antworten bin ich zufrieden und verlange somit keine Diskussion.

**Motion 15064 Video-Überwachung gegen Vandalismus in Schulanlagen der Einwohnergemeinde**

---

Dietrich Stefanie, Die Mitte: Es freut uns sehr, dass der Gemeinderat unsere Motion entgegennimmt und etwas gegen die Gewalt und den Vandalismus im Dorf unternehmen möchte. Ich möchte einige wichtige Punkte hervorheben. Wir verlangen eine Videoüberwachung an neuralgischen Stellen innerhalb der Schulanlagen. Wir rechnen mit vertretbaren Installations- und Betriebskosten. Die Kosten sind mit denjenigen der Einsparungen durch den verminderten Vandalismus, die Steigerung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung und dem Ausbleiben der schlechten Presse gegenüberzustellen. Die Videoaufnahmen können, wenn sie rechtmässig gemacht werden, bei einem Strafverfahren verwendet werden. Das heisst, es braucht eine Bewilligung der Beauftragten für Öffentlichkeit und Datenschutz. Parallel zu der Videoüberwachung sollen die Themen wie Vandalismus und Gewalt auch im Schulunterricht stärker thematisiert werden. Mit der Motion wollen wir verhindern, dass Schulanlagen ausserhalb des Unterrichts abgeriegelt werden müssen. Die Bevölkerung hat das Recht, die Anlagen für Spiel, Sport und Erholung zu nutzen. Wir bitten alle Fraktionen, die Motion zu überweisen.

**Fraktionsmeinungen**

Büchi Roland, SVP: Die Fraktion der SVP Wohlen/Dorfteil Anglikon unterstützt die Motion einstimmig und begrüsst den Entscheid des Gemeinderates eine Videoüberwachung bei den Schularealen in Betracht zu ziehen. Obwohl der Betrag von CHF 10'000 bis CHF 15'000 für eine Abklärung pro Schulareal ein stolzer Preis darstellt, sind wir der Überzeugung, dass sich am Schluss die Videoüberwachung auszahlen wird.

Manimanakis Corinne, SP: Wir verurteilen Vandalismus und Gewalttätigkeit aufs schärfste. In der Fragestellung, Videoüberwachung Ja oder Nein, sind wir gespalten. Wir fragen uns, ob Kosten und Nutzen vertretbar sind und ob man dann die – halt leider oftmals verummten Täter – erwischt. Die Schwierigkeit wird darin bestehen, die Kameras am richtigen Ort zu platzieren und zu schauen, dass dann die korrekten Einstellungen optimal genutzt werden können. Aber ja, wir sind uns bewusst, dass Kameras durchaus einen präventiven Effekt haben können. Keinesfalls möchten wir, dass irgendwann einmal eingezäunte, öffentliche Schulareale entstehen werden. Denn diese sind für Jugendliche und Familien enorm wichtig. Mit den Spielplätzen und den grünen Wiesen werden sie oft als beliebte Treffpunkte genutzt. Dies muss unbedingt so bleiben. Gerade in der heutigen digitalen Welt, sind solche Plätze wichtiger denn je. Aus all diesen Gründen wird die SP-Fraktion mehrheitlich dieser Motion zustimmen.

Heinsalo Mika, Dorfteil Anglikon/FDP: Es ist eine spannende und emotionale Diskussion in unserer Fraktion gewesen. Einige waren der Meinung, dass wir die Schüler vor den Kameras schützen müssen, welche in die persönliche Integrität eingreifen. Dieselben sagen aber auch, öffentlich sind die Kameras kein Problem. Es ist auch traurig, dass wir schon so weit sind, dass dies ein Thema geworden ist. Das ist der erste Schritt in den Überwachungsstaat. Die Sache ist doch so, wenn die Schule geschlossen ist, dann passiert etwas. Wie kann dies verhindert werden? Da kommen die anderen in der Fraktion und sagen, genau deshalb braucht es Kameras. Die Meinung ist auch, dass auf dem Schulgelände viel Unfug betrieben wird und deshalb machen die Kameras Sinn. Die Schüler und andere müssen wissen, dass Kameras an den neuralgischen Stellen innerhalb der Schulanlagen in den unterrichtsfreien Zeiten aufnehmen. Ein Gesamt-Sicherheitskonzept muss erarbeitet oder weiterentwickelt werden, wobei Kameraaufnahmen nur ein Teil davon sind. Die Polizei muss sich aufrüsten, damit ein schnelles Eingreifen ermöglicht wird, wenn Live-Bilder dies erfordern. Das schnelle Eingreifen findet heute leider nicht statt und da wird wohl der Erfolg von solchen Aufnahmen fraglich sein. Unsere Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon unterstützt die Entgegennahme der Motion des Gemeinderates einstimmig.

Angst Matthias, GLP/EVP: Die Fraktion GLP/EVP findet die dargelegten Ausführungen im Bericht und Antrag überzeugend und stimmt einstimmig dafür.

Matter Schlein Franziska, Grüne: Wir wollen dieser Idee eine Chance geben, damit die Nutzung für die Bevölkerung in der Freizeit gewährleistet ist. Wir stimmen der Motion geschlossen zu.

### **Abstimmung**

*Die Motion 15064 Video-Überwachung gegen Vandalismus in Schulanlagen der Einwohnergemeinde* wird mit 34 Ja-Stimmen zu 3 Nein-Stimmen überwiesen.

**Antwort zur Anfrage 15094 betreffend Amtliche Publikationen**

---

Donat Ruedi, Die Mitte: Ich verlange keine Diskussion, da bereits beim nachfolgenden Traktandum erneut ausführlich darüber gesprochen werden kann. Ich danke dem Gemeinderat für die zeitgemässe Beantwortung dieser Fragen. Gerne möchte ich eine Anmerkung und zwei Punkte anbringen.

Mit der einleitenden Begründung sowie den neun Fragen brauchten wir mit einem grösseren Zeilenabstand etwa eineinhalb Seiten. Der Gemeinderat benötigt in seiner Beantwortung sieben Seiten, um sich rechtfertigen zu können. Etwas übertrieben gesagt, handelt es sich um eine Rechtfertigungsorgie. Die langatmigen Abhandlungen empfinden wir als seltsam. Ebenso, dass wir uns anhören müssen, was wir alles falsch gemacht haben. Bei der Beratung der neuen Gemeindeordnung im Jahr 2016 – insbesondere des Paragraphen 3 – wurde darauf hingewiesen, dass die amtlichen Publikationen weiterhin in unseren Medien publiziert werden. Leider wurde es damals verpasst, dass die Kann-Formulierung, welche jetzt so in der Gemeindeordnung enthalten ist, belassen wird. An der letztjährigen Budgetsitzung hat man ebenfalls darauf hingewiesen, dass auf die Publikationen in den Medien nicht verzichtet werden soll. Beide Voten kann man im entsprechenden Protokoll nachlesen. Diese Beispiele zeigen uns, dass der Gemeinderat die Voten des Einwohnerrates nicht honoriert und in den Wind schlägt. Aus meiner Sicht verstösst der Gemeinderat gegen Treu und Glauben und er nimmt den Einwohnerrat und seine Aussagen nicht ernst.

**Motion 15095 betreffend Amtliche Publikation der Gemeinde Wohlen**

---

Breitschmid Manfred, SVP: Es ist mein Fehler, dass ich an der Budgetsitzung nicht den Antrag gestellt habe, welchen ich heute stelle. Alle wichtigen Aussagen sind in der Motion und im Brief von Martin Nietlispach, Verleger und Geschäftsleiter der Freiamter Regionalzeitungen, welcher an alle Mitglieder des Einwohnerrates zugestellt wurde, enthalten. Für die Leserinnen und Leser der Zeitung gehört es zur Lebensqualität eine Zeitung und darin die Publikationen zu lesen. Die freie Meinungsbildung wird mit grosser Verantwortung von den Redaktionsmitarbeitenden beider Zeitungen in Wohlen wahrgenommen. Der Stellenwert des Wohler Anzeigers und auch der Aargauer Zeitung muss ich hier im Rat nicht erklären. Vielleicht ist heute der Tag, an welchem wir den Entscheid der Budgetsitzung korrigieren und den beiden Zeitungsmedien Wertschätzung entgegenbringen. Ob es sich hierbei um eine Sparübung handelt, kann man erst zu einem späteren Zeitpunkt beurteilen, und zwar erst sobald man sieht, wie viele persönlich die Publikationen bei der Gemeindeganzlei bestellen. Der Gemeinderat ist doch auch daran interessiert, dass amtliche Publikationen gelesen werden. Die interessierte Leserschaft wird dies dem Gemeinde- und dem Einwohnerrat zu danken wissen.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Die Motion will einen Entscheid des Einwohnerrats vom 11. Dezember 2023 rückgängig machen, welcher für die Gemeinde Wohlen, für alle Bauherrschaften und alle Einwohnerinnen und Einwohner die Kosten gesenkt und die Dienstleistung verbessert hat. Unbestritten eine Win-Win-Win Situation. Dazu drei Punkte:

1. Es ist in der Sache unbestritten, dass die aktuelle Lösung, die bürgerfreundlichere und die kostengünstigere Lösung ist, damit die Bevölkerung von den amtlichen Publikationen Kenntnis erlangen kann. Die amtlichen Publikationen erfolgen digital, wie das in der Gemeindeordnung vorgeschrieben ist. Als Bürger können Sie ein Bürgerkonto lösen und sich die amtlichen Publikationen als eine von vielen Dienstleistungen jede Woche direkt per Mail schicken lassen. Oder aber sie beziehen die amtlichen Publikationen auf der Website. Alles kostenlos. Ohne digitalen Zugang können sie den Aushang beim Gemeindehaus benutzen oder sie lassen sich die amtlichen Publikationen per Post bequem nach Hause schicken. Dieses Angebot wird von 70 Personen genutzt. Wobei einige Personen auf der Liste wahrscheinlich nur dabei sind, um die Versandzahlen aus politischen Gründen zu erhöhen und nicht, weil sie keinen Zugang zu digitalen Medien haben. Ein Zeitungssabo in Wohlen kostet mindestens CHF 230 im Jahr. Je nach Abo und Zeitung. Ebenfalls profitieren die Bauherrschaften von tieferen Gebühren und Abgaben, die sie nicht zu leisten haben. Die Kosten der Inserate werden den Bauherrschaften zwangsweise weiterverrechnet. Alles in allem haben Sie eine bürgerfreundliche, kostengünstige und zeitgemässe Lösung gewählt.
2. Es ist unbestritten, dass die Unternehmen resp. die Verleger ein direktes Interesse an möglichst hohen Einnahmen seitens Gemeinde oder zwangsfinanziert durch private Bauherrschaften haben. Sie haben alle ein offenes Schreiben von einem Verleger dazu erhalten. Der Gemeinderat erachtet es als ordnungspolitisch falsch, über die amtlichen Publikationen ein oder zwei Unternehmen in einem tatsächlich schwierigen Marktumfeld indirekt zu subventionieren. Wenn der Einwohnerrat Medienhäuser direkt finanziell unterstützen möchte, damit sie ihrem eigenen Auftrag nachkommen können, dann müssen sie eine Direktsubvention beschliessen. Dafür gäbe es durchaus politische Gründe. Aber es ist ordnungspolitisch falsch, dies mit Zwangsinseraten und Quasi-Zwangsubventionskosten für die Bürger sicher zu stellen, wenn es andere günstigere, zeitgemässe und bessere Lösungen gibt. Der finanzielle Mehrwert aus der Motion liegt bei den Verlagshäusern. Das kann man politisch so wollen oder nicht, es entspricht aber nicht einer liberalen Grundhaltung.
3. Der eigentliche Kern der Diskussion ist jedoch: Es geht um die politische Glaubwürdigkeit gegenüber der Stimmbevölkerung. Der Einwohnerrat hat die erste Budgetvorlage im Oktober 2023 mit einem expliziten Sparauftrag an den Gemeinderat zurückgewiesen. Unter anderem wurde gefordert, alle Budgetpositionen zu überarbeiten und konsequent die digitalen Kanäle zu nutzen. Wir haben unsere Aufgaben gemacht und die geforderten Kürzungen vorgenommen. Wir haben in der zweiten Budgetvorlage sowie

an der zugehörigen FGPK-Sitzung und nochmals an der Einwohnerratssitzung vom 11. Dezember 2023 auf Nachfrage von Einwohnerrat Daniel Heinrich darauf hingewiesen, was die Streichung der Budgetpositionen bedeuten wird. Es gab aus diesem Rat keine Wortmeldung und keinen anders lautenden Antrag dazu. Das Budget wurde mit den Änderungen von ihnen genehmigt. Sie hatten Kenntnis von den Auswirkungen und haben dem Streichungsantrag zugestimmt. Zwischen der Einwohnerratssitzung am 11. Dezember 2023 und der Einreichung der Motion am 3. Januar 2024 liegen nur drei Wochen. In dieser Zeit hat sich die Ausgangslage nicht geändert. Warum kam der Antrag der SVP also nicht an der Einwohnerratssitzung vom 11. Dezember 2023? Davon sind wir eigentlich ausgegangen, dass es dann eine Diskussion geben würde. Entweder haben sie sich nicht mit der Vorlage des Gemeinderats auseinandergesetzt. Oder aber, Sie wollten in einer allgemeinen Sparhysterie keine Anträge stellen, die Mehrausgaben zur Folge haben.

Sie haben mit ihrem politischen Wirken gegenüber der Stimmbevölkerung eine Verantwortung. Sie haben der Stimmbevölkerung ein Budget mit eben diesen Kürzungen unterbreitet. Darüber hat es eine Volksabstimmung gegeben. Und noch bevor Ende Januar darüber abgestimmt werden konnte, reichen sie einen Vorstoss ein, der den eigenen Entscheid rückgängig machen soll. Dieses Hüst und Hott macht die gesamte Politik unglaublich. Stellen sie entsprechende Anträge und ersparen sie uns derartige Leerläufe. Insbesondere von der grössten Fraktion ist das zu erwarten. Aber werfen sie dem Gemeinderat nicht vor, er hätte in dieser Frage nicht dem Willen des Parlaments entsprochen. Wir gehen davon aus, dass der Einwohnerrat dem Vorstoss zustimmen wird. Und dies auch, weil sie als Parlamentarier in den letzten Wochen von verschiedenster Seite meinungsbildend beeinflusst wurden, was ja das Wesen der Politik ausmacht. Dabei ist immer wieder der Vorwurf zu hören, dass der Gemeinderat das nur gemacht hätte, um den Wohler Anzeiger abzustrafen, weil der Wohler Anzeiger ab und zu unsere Arbeit kritisiert und polemische Artikel schreibe. Ich kann ihnen dazu nur sagen: das ist fixfertiger «Chabis». Tatsache ist, dass der Einwohnerrat dem Gemeinderat einen Sparauftrag erteilt hat. Wir haben ihn umgesetzt und Kürzungen vorgeschlagen und sie haben die Budgetkürzungen beschlossen.

### **Fraktionsmeinungen**

Matter Schlein Franziska, Grüne: Die Motion wurde bei uns in der Fraktion kontrovers diskutiert. Der Gemeinderat wurde in der ersten Budgetsitzung des vergangenen Jahres zum Sparen aufgefordert. Daraufhin hat der Gemeinderat den Rotstift angesetzt und bei der zweiten Lesung seine Einsparungen bekannt gegeben. Hierzu gab es Fragen und Antworten. Niemand hat sich gewehrt, wir auch nicht. Auch von einer Empörung habe ich nichts mitbekommen. Aus diesem Grund waren wir irritiert, als kaum drei Wochen später diese Motion auf dem Tisch liegt, welche die Einsparungen rückgängig machen möchte. Die Bürokratie hätte man sich sparen können. Andererseits herrschen für die Medienhäuser aktuell herausfordernde Zeiten. Die Medienvielfalt auf lokaler Ebene soll unserer Meinung nach nicht leiden. Unabhängige Informationen aus der lokalen Presse sind für uns von Wert. Hiesige Arbeitsplätze sollen nicht verschwinden. Die ältere Generation ist teilweise digital noch nicht so sattelfest, was nicht heisst, dass sie sich nicht auch gut und umfangreich informieren möchte. Die besagten Publikationen können auch gratis per Post bestellt werden, wodurch wieder Arbeit und Kosten anfallen. Der Wohler Anzeiger ist für uns Wohler und das gesamte Freiamt ein identitätsstiftendes Medium, weshalb er nicht mehr wegzudenken ist. Tragen wir also alle Sorge zum Wohler Anzeiger sowie der Aargauer Zeitung in dem wir uns der Verantwortung bewusst sind, dass die Demokratie und der unabhängige Journalismus zusammenhängen. Wir Grünen stimmen der Motion teilweise zu.

Gutaj Mergim, SP: Ich nehme vorweg, wir sind bei dieser Motion gespalten und werden unterschiedlich abstimmen. Klar ist, als Partei stehen wir hinter der Innovation und der Digitalisierung. Dass die Informationen neu auf der Webseite der Gemeinde publiziert werden, entspricht dem Geist der Zeit. Das Argument des Motionärs, dass Menschen ausgeschlossen werden, da sie die Informationen nicht mehr durch die Medien beziehen können, verstehen wir nicht. Es ist doch genau das Gegenteil der Fall. Die Publikationen im Internet können seit Januar von jeder und jedem bezogen werden. Dies auch wenn man den Wohler Anzeiger nicht abonniert hat. Es hat für mich vorliegend den faden Beigeschmack einer Quersubventionierung von einer Zeitung. Für die betroffenen Bürger, mit aktuellem Bauprojekt, ist die momentane Lösung günstiger und das ist doch das was zählt.

Parvex Olivier, GLP/EVP: Für uns stellt eine gut funktionierende Lokalberichterstattung ein wichtiger Pfeiler der Demokratie und der Information für die Bevölkerung dar. In Wohlen haben wir sogar das Glück, dass wir zwei konkurrierende Regionalzeitungen haben, welche sich gegenseitig anspornen, zuerst über lokale Themen von Bedeutung zu berichten. So wird unsere Bevölkerung gut und aus verschiedenen Blickwinkeln über das gesellschaftliche und politische Geschehen informiert und allen Akteuren wird genau auf die Finger geschaut. Starke und gesunde Lokalzeitungen erachten wir als wichtig. Nur, bei diesem Geschäft geht es nicht um die Förderung der Presse oder Subventionen für unsere Lokalzeitungen. Bei diesem Geschäft geht es darum, möglichst allen Wohlerinnen und Wohlern einen unkomplizierten und einfachen Zugang zu Behördeninformationen und -publikationen zu gewährleisten. Der Gemeinderat hat dafür einen Schritt in Richtung Digitalisierung gemacht, was wir sehr unterstützen und für uns vollkommen richtig ist. Die Informationen der Gemeindebehörde müssen uns Bürgern kostenlos und rund um die Uhr zur Verfügung stehen. Dies ist mit der heutigen Lösung der Fall. Jeder Bürger von Wohlen kann die Informationen gratis und ohne Aufwand digital zu sich nach Hause bestellen. Mit dieser Zustellung ist man bestens und zeitnah informiert. Das kann ich aus Überzeugung sagen, weil ich diesen digitalen Newsletter mit allen Gemeindegemeinschaften und Baugesuchen auch abonniert habe. Dies geht ganz einfach: Sie gehen auf die Homepage der Gemeinde Wohlen und geben dort im Suchfeld den Begriff «Abo-Dienste» – mit Bindestrich – ein, dann können alle gewünschten Dienste auf das E-Mail abonniert werden.

Die digitale Publikation spart nicht nur Kosten für die Gemeinden, wenn die Baugesuche nicht mehr in der Zeitung publiziert werden müssen, es spart auch der Bauherr oder die Bauherrin. Sollte es tatsächlich noch jemanden geben, der über keine E-Mailadresse verfügt, dann kann er die Unterlagen sogar regelmässig von der Gemeinde auf Papier nach Hause schicken lassen.

Und als letzten Punkt geht es bei diesem Geschäft auch um die Glaubwürdigkeit von unseren Einwohnerräten. Wenn man dem Gemeinderat das Budget, mit dem Auftrag zu sparen, zurückweist und dieser setzt den Auftrag um und spart, dann können wir doch unseren eigenen Entscheid nicht wieder umstossen. Der Gemeinderat zeigte dem Einwohnerrat zudem auf, wo die Einsparungen gemacht worden. Wer soll uns denn als Parlament noch ernst nehmen? Aus diesem Grund bitte ich Sie im Namen der Fraktion GLP/EVP, die Motion abzulehnen, respektive nicht zu überweisen.

Keller Samuel, FDP/Dorfteil Anglikon: Ich gehe davon aus, dass alle Ratskolleginnen und -kollegen von dieser, nennen wir Sie Bürgeraktion, etwas mitbekommen haben. Diese Aktion führte in unserer Fraktion zu einer ausgedehnten Diskussion und hat folgende Fragen aufgeworfen:

- Ist es legitim innert kurzer Zeit bei einem vom Volk beschlossenen Budget auf eine umgehende Budgetänderung zu drängen?
- Wollen wir vom Bring- zum Hohlprinzip wechseln?
- Wollen wir unsere lokale Pressekompetenz verärgern und vielleicht in ihrer Wirtschaftlichkeit gefährden?
- Sind alle Bürger, insbesondere Senioren fit genug, um Publikationen und Informationen vom Netz zu holen?
- Ist die jetzt von der Gemeindeverwaltung getroffene Lösung praktikabel und umfassend?
- Wollen wir in die elektronische Zukunft setzen und aufs «Amtsblatt»-Konzept verzichten?
- Welche Partikularinteressen haben die Exponenten der Bürgeraktion?
- Wo werden wieviel Kosten gespart und wer ist der Verlierer?

Für die Fraktion FDP Wohlen und Dorfteil Anglikon stehen primär finanzpolitische Aspekte im Vordergrund. Es hat aber einige Faktoren, welche unterschiedlich beurteilt wurden. Deshalb: Es wird mehrheitlich für die Überweisung der Motion gestimmt.

Lütolf Harry, Die Mitte: Ich nehme es vorweg, die Fraktion Die Mitte ist für die Überweisung der Motion. Ich möchte mit der Kantonsverfassung beginnen. Der Paragraph 37 der Kantonsverfassung widmet sich der Vielfalt der Information. Der Wortlaut ist wie folgt:

*«Der Kanton erlässt ein Gesetz über die Massenmedien insbesondere um die Vielfalt der Information zu fördern.»*

Der Verfassungsauftrag ist verbindlich. Es handelt sich nicht um eine «Kann-Formulierung» – der Kanton muss dies so machen. Am 6. Dezember 2022 hat der Grosse Rat mit einer Motion vom Regierungsrat verlangt, dass er ein Mediengesetz erlassen soll. In einer Abstimmung wurde der Regierungsrat dazu verpflichtet – der Regierungsrat wollte dies freiwillig nicht tun. Nun ist der Regierungsrat in der Erarbeitung

eines Mediengesetzes. Ich bin mir sicher, dass nicht nur der Kanton in der Pflicht sein wird, die Vielfalt der Information zu fördern, sondern auch die Gemeinden – dort wo möglich. Unser Gemeindeammann Arsène Perroud – wie wir alle wissen ein Sozialdemokrat – hat am Mikrofon gesagt, es gehe nicht, dass die Gemeinde auf diese Art die Medien fördern soll, wie es sich der Motionär vorstellt. Ich bin einigermaßen erstaunt, dass seine Fraktion – die SP Fraktion – zu der Motion des Grossen Rates, welche ich vorhin erwähnt habe, mit 21 zu 0 Stimmen zugestimmt hat. Seine eigene Fraktion hat es als wichtig empfunden, dass die Medienförderung im Kanton sehr wichtig ist. Damit sind meiner Meinung nach auch automatisch die Gemeinden – dort wo möglich – in der Pflicht. In Wohlen können wir dies. Ich finde es peinlich, wenn man in den Wohler Anzeiger schaut oder auch in die Aargauer Zeitung, dass man Inserate anderer Gemeinden des Bezirks Bremgarten – insbesondere Baugesuche – sieht und nichts mehr von Wohlen liest. Nun kann man sagen, dass dies nicht unsere Sache ist. Dann sollen sich halt der Wohler Anzeiger und die Aargauer Zeitung nach der Decke strecken, wenn sie nicht mehr durchkommen. Ich möchte deutlich in den Saal hineinrufen, dass die Einnahmen für den Wohler Anzeiger bei Publikationen von Baugesuchen existenziell sind. Dies wurde uns vom Verleger versichert, wonach es sich nicht um «Peanuts» handelt. Die Einnahmen fallen doch ins Gewicht, wenn sie nicht mehr vorhanden sind. Nun kann man sagen, selbst schuld, setzt euch dem freien Markt aus und wenn ihre keinen Erfolg mit eurer Zeitung habt, müsst ihr sie einstellen. Sollen wir so mit unserem lokalen Medium umgehen? Sicher nicht. Indem die Publikationen weiterhin in der Zeitung stattfinden, haben wir es in der Hand, das Medienhaus auf eine sinnvolle Art zu unterstützen. Wir sollten nicht das eine gegen das andere ausspielen. Auch der Gemeindeammann Arsène Perroud und Olivier Parvex haben am Mikrofon gesagt, es soll bürgerfreundlich sein und man habe eine bürgerfreundliche Lösung getroffen. Das eine schliesst doch das andere nicht aus. Man kann die Publikationen im Internet vornehmen, man kann den Versand an diejenigen vornehmen, welche dies wünschen. Gleichzeitig kann man in der Zeitung publizieren – es schliesst sich nicht gegenseitig aus. Meiner Meinung nach ist es nicht so bürgerfreundlich, wenn die Publikationen nur elektronisch stattfinden. Sucht man in der elektronischen Publikation nach Baugesuchen, findet man sich nicht so einfach zurecht – sie können es gerne selbst ausprobieren. Möchte man nachträglich etwas suchen oder prüfen, ob es eine Publikation gab, dann suchen Sie relativ lange, bis Sie etwas finden. Die wurde mir als Information so zugetragen. Auch heute informieren sich noch viele Bürgerinnen und Bürger von Wohlen über den Wohler Anzeiger und sind froh, wenn sie Baugesuche bis anhin aus dem Wohler Anzeiger entnehmen konnten. Das ist treffsicherer und zuverlässiger, wie wenn man es ausschliesslich elektronisch handhabt. Vielleicht ist das Ansinnen des Gemeinderates einfach 10 bis 20 Jahre zu früh. Heute ist es sicher noch so, dass der Bedarf an amtlichen Publikationen in den Zeitungen gross ist. Deshalb lohnt sich die Investition um den Wohler Anzeiger sowie dessen Arbeitsplätze zu erhalten und den Namen des Wohler Anzeigers ins Land herauszutragen.

## Einzelvoten

Pascolin Laura, SP: Bei der Einwohnerratssitzung vom 11. Dezember 2023 wurde die Frage von Daniel Heinrich nach Kürzungen bei amtlichen Publikationen gestellt. Der Gemeindeammann wies auf die Forderungen des Einwohnerrates hin, auf Digitalisierung umzustellen.

An dieser Sitzung und ich muss ehrlich zugeben, waren mir die Folgen der Kürzung für den Wohler Anzeiger nicht bewusst. Auch weil ein Zusammenhang mit den amtlichen Publikationen und der lokalen Zeitung nicht deutlich war. Die Argumente, die für die Veröffentlichung der amtlichen Publikationen in den Zeitungen sprechen sind folgende:

1. Während 2009 schweizweit noch 310 Zeitungstitel gezählt wurden, waren es 2022 noch 251.
2. Die digitale Transformation stellt die Schweizer Medien vor grosse Herausforderungen. Gleichzeitig verschieben sich Werbeeinnahmen hin zu ausländischen Online-Plattformen wie Google und Facebook, die keine journalistischen Angebote für die Schweizer Bevölkerung produzieren. Dadurch steht die Finanzierung der demokratiepolitischen Funktion der Schweizer Medien unter grossem Druck.
3. Ein Postulatbericht, den der Bundesrat an seiner Sitzung vom 21. Februar 2024 verabschiedet hat, präsentiert verschiedene Modelle für eine zukunftsgerichtete Medienförderung durch den Staat. Der Postulatbericht zeigt u.a. längerfristige Massnahmen zur Medienförderung. Den ganzen Bericht finden

Sie auf dem Portal der Schweizer Regierung. Das Postulat stammt von der GLP-Nationalrätin Katja Christ.

4. Das Forschungszentrum Öffentlichkeit und Gesellschaft geht von einer relativ hohen Qualität der Schweizer Medienangebote aus. Sparmassnahmen (hier der Verzicht auf die amtlichen Publikationen im Wohler Anzeiger) wirkt sich auf die Arbeitsbedingungen in der Redaktion und somit auch auf die Rahmenbedingungen für die Produktion qualitativer journalistischer Angebote aus.
5. Zurück zur Digitalisierung: Wie schon in der Antwort des Gemeinderates erläutert wurde. Gibt es die Möglichkeit die amtliche Publikation auf postalischem Weg zu erhalten. So viel zu End-to-End Prozess der Digitalisierung. Was wenn sich 200 neue Abonnenten melden? Dann müssen die amtlichen Publikationen gedruckt, verpackt und versendet werden. Nimmt man noch die Vollkosten der Person hinzu, welche dies ausführt – wird die Sparmassnahme wohl in ein Nullsummen-Spiel enden.

Genau aus den erwähnten Gründen werde ich die Motion unterstützen. Liebe Kolleginnen und Kollegen stellen Sie sich heute auch auf die Seite der Medienschaffenden und unterstützen Sie diese Motion. Besten Dank.

Christen Peter, SVP: Für einmal spricht mir Laura Pascolin aus der Seele. Vorhin wurde lang und breit erläutert, was für eine coole Webseite wir haben und dass man dort die Publikationen findet. Fragen sie sich einmal, wer von ihnen hat letztens nicht durch Versand, via E-Mail oder per Abo ein spezifisches Baugesuch suchen wollen. Bei der Suche nach dem Baugesuch des Integra-Kindergartens ging es mir so. Das Baugesuch findet man nicht. Unter den amtlichen Publikationen befindet sich eine Auflistung von PDF-Files mit einem nichtssagenden Titel, welcher in keiner Art und Weise auf den Inhalt des PDF hinweist. Man ist gezwungen, sich von oben nach unten durchzuarbeiten und jedes einzelne zu lesen. Darüber erstaunt habe ich auf die Gemeinde angerufen und darüber gesprochen. Dort wurde kleinlaut gesagt, dass sie es einen «Scheiss» finden – dies etwas sehr salopp formuliert, aber die Richtung war genau dahin. Man sei abhängig vom Kanton und man könne das nicht ändern. Was seitens von Arsène Perroud in seinem Votum präsentiert wurde und was Realität ist, könnte nicht weiter auseinander liegen. Ich werde meine Vermutung nicht los, dass es sich, wie im Schreiben von Herrn Nietlispach angesprochen – ich gehe davon aus, dass alle dieses Schreiben gelesen haben – einfach um eine «Gängelei» handelt. Ich habe schwer den Verdacht, dass hier ein kleiner Rachefeldzug geführt wird. Anders kann ich mir das nicht vorstellen. Wir wissen alle zusammen, dass die Herren hier auf den Bänken und der Presserat in der Vergangenheit etliche Dispute geführt haben. Jedes Mal haben sie grandios verloren. Wir haben vom Sparen gesprochen. Aber hier befinden wir uns im absoluten Femto-Bereich von einem Betrag. In der Gesamtrechnung ist dieser Betrag gar nicht vorhanden. Wenn Sie nun zur Überweisung Nein sagen, dann geht es darum einen Service-Public zu reduzieren und eine Hol-Schuld zu implementieren. Ich bin ganz klar der Meinung, dass die Zeitungen durch den Gemeinderat mit einer Bring-Schuld beliefert werden. Ich glaube, dass ich Ihnen nicht erklären muss, was Sie bei diesem Geschäft stimmen müssen. Alles andere finde ich ein ziemlicher Affront gegenüber dem Wohler Anzeiger.

Meyer Hans Rudolf, FDP/Dorfteil Anglikon: Der Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon ist es an der Budgetsitzung vom Dezember durchaus bewusst gewesen, dass es im Rahmen des Sparwillens zur Streichung der amtlichen Publikationen in der Presse kommt. Das war für uns auch weiter nicht schlimm, weil jeder Bürger sich auf der Homepage der Gemeinde, mit Anmeldung im Bürgerkontos über neu aufgeschaltete Publikationen oder sich im Aushang beim Gemeindehaus informieren kann. Es geht mir nicht darum die Aargauer Zeitung oder den Wohler Anzeiger wirtschaftlich zu schwächen, sondern es geht mir ums Prinzip. Für mich ist es unverständlich, wenn gegen den Willen des Gemeinderates der Steuerfuss gekürzt, Streichungen beantragt und bewilligt werden und nur ein paar Wochen später Budgetkürzungen wieder rückgängig gemacht werden sollen. Das ist aus meiner Sicht sehr unprofessionell, da fehlt es eindeutig am Sparwillen. Es würde mich nicht überraschen, wenn im Herbst an der Budgetsitzung wieder gegen eine Erhöhung des Steuerfusses Opposition ergriffen würde, obwohl wir alle wissen, dass wir ab dem nächsten Jahr einen Steuerfuss von 120% brauchen. In seiner Haltung zur Motion hat der Gemeinderat ausführlich das Zustandekommen dieses Budget-Entscheidendes dargelegt. Mit seinen Ausführungen auch klar und deutlich gemacht, wieso dieser Entscheid nicht rückgängig gemacht werden soll. Wir sollten bereit sein uns in eine neue, digitale Zukunft zu bewegen und alte Zöpfe abzuschneiden.

Dietrich Stefanie, Die Mitte: Der Wohler Anzeiger ist für uns alle hier in der Politik und vor allem auch für die Kultur und die Vereine eine wichtige Plattform und somit eine Informationsquelle für die ganze Bevölkerung. Sie berichten über fast alles vor und nach den Veranstaltungen ohne Entgelt – gratis Werbung. Das kostet aber auch etwas und ein Teil dieser Einnahmen wollen wir heute Abend streichen. Mit einem Nein sägen wir am Stuhlbein unserer lokalen Zeitung. Ich weiss, dass alles immer digitaler wird. Auch ich bin immer digitaler unterwegs, was aber nicht heisst, dass das für alle gilt. Sagen wir doch Ja zu dieser Motion, für die Politik, die Wohler Kulturschaffenden, unsere Vereine, alle diejenigen, welche von dieser Berichterstattung profitieren können und vor allem aber auch für die Bevölkerungsschicht, welche nicht digital unterwegs ist.

Parvex Olivier, EVP/GLP: Ich möchte nur kurz klarstellen, ich habe sehr lange in der Medienbranche gearbeitet und kenne mich sehr gut aus, es geht hier nicht um Medienförderung. Medienförderung ist ein anderes Thema und wenn wir dies wollen, können wir Anträge stellen und so unsere Regionalmedien unterstützen. Zur Überlegung: Die Unternehmensgruppe, zu welcher die Aargauer Zeitung dazugehört, die CH-Media, hat im Jahr 2022 CHF 20.7 Mio. Gewinn gemacht, das ganze Unternehmen, letztes Jahr CHF 2.4 Mio. Verlust. Ich denke, bei so vielen hundert Millionen Umsatz ist dies verkraftbar. Ich weiss also nicht, ob ein paar Inserate wirklich die Zeitung retten. Von den Freiamter Regionalmedien habe ich leider keine Zahlen gefunden – diese Zahlen würden mich sehr interessieren. Man muss das Verhältnis sehen, es geht hierbei nicht um die Rettung der Zeitungen. Ich bin ein grosser Fan der Lokalzeitungen und unterstütze diese gerne. Sowohl privat als auch geschäftlich habe ich Abos. Wenn wir die Zeitungen unterstützen wollen, bin ich ein grosser Befürworter, aber wenn dann nicht über eine «Scheinunterstützung».

Gutaj Mergim, SP: Vielleicht noch ein juristischer Input. Ich habe Rechtswissenschaften studiert. Vorhin habe ich kurz mit Harry Lütolf diskutiert. Wir sind auf keine Lösung gekommen. Wir sind abgabenrechtlich gezwungen, gewisse Prinzipien, wie das Kostendeckungs- sowie das Äquivalenzprinzip einzuhalten. Wenn man sich jetzt vorstellt, dass der Bauherr gezwungen wird, es so einzureichen und für die Dienstleistung der Publikation im Wohler Anzeiger zu bezahlen, obwohl man eigentlich eine kostenlose Variante hätte, dann frage ich mich, ob dies rechtlich standhält und ob die Gemeinde hierbei Gebühren erheben darf, welche den Prinzipien der Kostendeckung sowie der Äquivalenz nicht entsprechen. Zumal die gesetzliche Grundlage nicht genau definiert ist.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich bin mit Harry Lütolf einverstanden, dass wir in 10 bis 20 Jahren über die Diskussion, wie Medien konsumiert werden, lachen werden. Die Entwicklungen gehen rasant in diese Richtung. Zwei, drei wichtige Zahlen: Es wurden 3'900 Bürgerkontos eröffnet. Wie viele davon die amtlichen Publikationen abonniert haben und diese auch lesen, entzieht sich meiner Kenntnis – so kompliziert kann es nicht sein. Wie Hans Rudolf Meyer es gesagt hat, sind die amtlichen Publikationen auf der Webseite der Gemeinde chronologisch geordnet. Das ist nichts anderes, wie wenn man einzelne Zeitungsausgaben durchforsten würde. Ich möchte betonen – hierbei geht es insbesondere um die Aussagen von Peter Christen – dass wir uns von den Unterstellungen distanzieren müssen. Es geht hierbei weder um einen Rachezug noch darum, jemanden zu plagen, sondern darum, dass sie dem Gemeinderat den Auftrag erteilt haben, zu sparen sowie auf digitale Kanäle zu setzen, was wir gemacht haben. Ihnen wurde ein Beschluss vorgelegt, welchem sie zugestimmt haben, und jetzt kommen sie im Nachhinein und sagen, dass sie dies nicht wollten. Dem Gemeinderat zu unterstellen, dass er aus irgendwelchen Rachegeleuten handelt, ist unredlich und falsch. Wir haben den absoluten, einstimmigen Willen des Parlaments umgesetzt und nichts anderes. Auch möchte ich sagen, dass es nicht um den Wohler Anzeiger als einziges Medium geht. Wir haben von der Aargauer Zeitung, welche auch davon betroffen ist. Wenn ich ihren Voten zuhöre, geht es tatsächlich einfach um die Medienfinanzierung, wie Olivier Parvex das am Schluss gesagt hat. Seitens des Gemeinderates haben wir ein gewisses Verständnis dafür. Ob es ein Mediengesetz braucht oder nicht, zu dieser Frage gibt es verschiedene politische Haltungen. Was wir, respektive ich gesagt habe, Harry Lütolf, ist, dass wir es ordnungspolitisch falsch finden, dass man die Medienfinanzierung über Zwangsabgaben, Zwangsinseraten sicherstellt. Möchte man dies machen – und es gibt politische Gründe, weshalb man dies so will – muss man einen entsprechenden Unterstützungsantrag stellen, eine Direktsubvention oder einen Unterstützungsbeitrag, welcher mit gewissen Kriterien hinterlegt ist, wie es beispielsweise in der Landwirtschaft längstens gehandhabt wird. Das wäre der richtige Weg für eine Unterstützung. Dann stellt sich die Frage, wie gross die Erträge sind, welche erwirtschaftet werden. Noch kurz zum Thema Transparenz, man hat es gesehen – und hierbei muss ich mich im Namen des Gemeinderates wehren – wir haben ihnen im November die zweite Vorlage zum Budget vorgestellt. Vier Seiten mit Tabellen voller

Einsparungen, Sparanträgen. Uns wurde vorgeworfen, dass wir die Aufgaben nicht richtig machen, wir die Erarbeitung nicht richtig ausgeführt haben und nichts gemacht wurde. Wir haben Beiträge von CHF 1'000, von CHF 500 und so weiter gestrichen. Und jetzt damit zukommen, es sei kein grosser Beitrag, das ist einfach nicht ehrlich, ich kann es nicht anders sagen. Was sie jetzt sagen, widerspricht sich mit dem, was sie in der Debatte vom Dezember gesagt haben. In der Vorlage wurde klar und deutlich ausgeführt: «Amtliche Publikationen erfolgen digital.» So steht es im FGPK-Protokoll, welches sie alle bekommen haben. Uns jetzt vorzuwerfen, wir haben diesen Umstand verschleiert und der Sachverhalt sei nicht klar, ist einfach nicht richtig und dagegen wehrt sich der Gemeinderat. Sie haben den Entscheid so herbeigeführt

Lütolf Harry, Die Mitte: Ich muss noch zwei Sachen erwähnen. Es ist lustig, dass der Gemeindeammann sowie Olivier Parvex angesprochen haben, dass beide die Medienförderung grundsätzlich unterstützen und jetzt sagen sie Nein, man könne keine Zwangsabgabe beschliessen. Eine Subvention ist nichts anderes als eine Zwangsabgabe. Eine Subvention wird durch Steuern finanziert, bei welchen es sich auch um Zwangsabgaben handelt – das ist «Hans wie Heiri». Heute haben wir es in der Hand, das Medienhaus im Dorf auf einfachstem Weg zu fördern. Es war nicht das Parlament, welches dem Gemeinderat den Auftrag erteilte, es so zu machen, sondern der Gemeinderat selbst. Der Gemeinderat hat es so beantragt. Es ist nicht auf dem Mist des Parlaments gewachsen. Der Gemeinderat hat es eingebracht und wir waren zu blöde, es zu monieren – das gebe ich zu. Der Antrag selbst kam vom Gemeinderat und wir haben ihn durchgewunken. Was die Meinung zu diesem Thema ist, werden wir jetzt sehen, jetzt und heute mit der Abstimmung über diese Motion.

### **Abstimmung**

*Die Motion 15095 betreffend Amtliche Publikationen der Gemeinde Wohlen*

wird mit 23 Ja-Stimmen zu 12 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen überwiesen.

**Motion 15092 betreffend Nachprüfung der kantonalen Verkehrszählung und Ermittlung des Anteils des Durchgangsverkehrs auf dem Gebiet der Gemeinde Wohlen**

---

Lütolf Harry, Die Mitte: Ich habe Sie schon zwei Mal mit folgendem Formular bedient. Sie haben sich vielleicht gefragt, was die Farbgebung soll, darauf komme ich gleich zu sprechen. In dieser Motion geht es nicht darum, dem Kanton zu unterstellen, dass er absichtlich falsch zählt. Aber wo gehobelt wird, fallen Späne – wie das Sprichwort so schön sagt. Es kann tatsächlich sein, dass bei einer Zählung etwas schiefgelaufen ist. Sie alle, vor allem diejenigen, welche länger in Wohlen wohnen, wissen, dass der Verkehr innerhalb der letzten 20 Jahren massiv zugenommen hat. Niemand muss mir erzählen, dass dies nicht so sei. Überall dort, wo man herausfahren wollte, konnte man von einer Nebenstrasse locker auf eine Hauptstrasse fahren und das zu jeder Tageszeit. Heute ist das klar nicht der Fall. Man kann als Beispiel diverse Knotenpunkte der Gemeinde nehmen und jeder wird die Feststellung machen, dass man, an gewissen neuralgischen Punkten, nur noch sehr mühsam auf die Hauptstrasse kommt – das kann man nicht in Abrede stellen. Diese Feststellung deckt sich nicht mit dem, was der Kanton uns hier mit seinen Zahlen serviert hat. Weshalb ist das wichtig, weshalb mache ich es überhaupt zum Thema, weshalb soll es noch einmal ausgezählt werden und weshalb soll sich die Gemeinde die Mühe machen und weshalb soll sie noch Kosten übernehmen? Das Thema Durchgangsverkehr, wie Sie alle wissen, ist in der Gemeinde ein Dauerbrenner – ein hoch brisantes Politikum, was den Bürgerinnen und Bürgern unter den Nägeln brennt. Auch das kann man nicht in Abrede stellen – es ist seit Jahrzehnten ein Politikum. Es wird nichts gemacht, es wird nichts angegangen und es werden keine Lösungen präsentiert, welche mittel- oder sogar langfristig greifen könnten. Was uns der Kanton in Aussicht stellt, ist, in 30 bis 40 Jahren mittels einer Umfahrung eine Entlastung zu erwirken. Sollen wir uns damit zufrieden stellen? Soll uns dies die ersehnte Entlastung im Zentrum bringen? Und selbst wenn es nur 30% sind, wie der Kanton vorgaukelt, welche wegfallen. Das ist immer noch besser als gar nichts. Bereits eine Reduzierung um 30% führt zu einer deutlichen Entlastung. Das liegt ja auf der Hand. Das muss jedem einleuchten. Wenn Sie die Werte und Zahlen in den Tabellen der Verkehrszählungen von früher und aktuell aus dem Jahr 2023 betrachten, dann sehen Sie, dass an unterschiedlichen Tagen und zu unterschiedlichen Zeiten gemessen wurde. Vergleichen Sie diese Zahlen mit der Bevölkerungszunahme in der Gemeinde Wohlen. Im Zeitraum von 2002 bis heute – also etwa zwanzig Jahre – haben wir eine Bevölkerungszunahme von ca. 24,2%. Sie können dies in den Statistiken des Kantons selbst nachprüfen. Im Bezirk Bremgarten, es fahren nicht wenige nach und durch Wohlen (Durchgangsverkehr), beträgt die Bevölkerungszunahme sogar 28,8%. Und jetzt im gleichen Zeitraum, will uns der Kanton mit seinen Zahlen vorgaukeln – dass alles unter den Werten Bevölkerungszunahme liegt. Ich sage nicht, dass dies böswillig gemacht wird und dass ein Plan dahintersteckt, aber es können ja auch Fehler passieren. Bei der Zentralstrasse soll lustigerweise sogar im selben Zeitraum eine Reduktion des Verkehrs stattgefunden haben, was definitiv lächerlich ist. Alles, was in der vorliegenden Tabelle orange ist, ist äusserst fragwürdig. Grün kann stimmen, da es sich mit dem Bevölkerungswachstum deckt, aber orange und rot stimmt mit Sicherheit nicht. Das kann nicht stimmen. Wenn der Regierungsrat beziehungsweise seine Verwaltung die Auskunft erteilt, dass sie den Durchgangsverkehr mit Handy-Daten ermittelt haben, dann frage ich mich, wer dem Glauben schenken kann. Bis anhin ist der Durchgangsverkehr mit dem Abgleich der Nummernschilder erfolgt. Dies wurde immer so gemacht. Neu findet man nun, dass man es mit Handy-Daten macht. Die Zuverlässigkeit ist so nicht gegeben. Es handelt sich vorliegend um eine ganz wichtige Motion. Wenn der Einwohnerrat möchte, dass nichts geschieht und die Umfahrung nie kommt, dann kann er die Motion ablehnen. Wenn Sie möchten, dass der Kanton etwas unternehmen soll, dann unterstützen Sie diese Motion. Nur so haben wir eine Chance mit neuen von uns selbst geprüften Daten zu prüfen, ob der Kanton sauber gearbeitet hat oder eben nicht.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Der Gemeinderat sieht keinerlei Anlass an diesen Zahlen, welche für uns auch teilweise erstaunlich waren, zu zweifeln. Die Büros respektive der Kanton, welche die Zahlen erhoben haben, taten dies anhand von konkreten, fix installierten Zählstellen und nicht etwa einfachen Handy-Daten – worauf sich Harry Lütolf bezieht. Es wird keine neuen Resultate geben, welche dazu führen, dass der bisherige Erkenntnisstand bezüglich Umfahrung Zentrum Wohlen zu einem anderen Ergebnis des Berichts führen würde. Die Situation ist aktuell so wie sie ist. Kurz zur Zählung mittels Handy-Daten. Es

handelt sich um ein gängiges Mittel. Die Aussage, dass man die Auszählung mittels Nummernschilderhebung überall und schon immer vorgenommen habe, stimmt nicht. Früher hat man dies so gemacht. Heute stützt man sich tatsächlich auf die Handydaten. Es ist erstaunlich, wie genau, in Minuten, die Stausituation auf Google Maps erfasst wird. Gleichzeitig wurden die Zahlen mit den früheren Verkehrsmodellen der Gemeinde Wohlen, bei welcher der Anteil an Durchgangsverkehr prozentual und nicht absolut auch nicht höher war als der aktuell errechnete Wert der Verkehrsmodelle. Die Berechnungen sind überall im Einsatz. Die geschätzte Investition zwischen sind CHF 50'000 bis CHF 100'000, welche man tätigen müsste, erachten wir als nicht gerechtfertigt, da die Aussichten auf neue Erkenntnisse gleich null sind. Man muss schon sagen, dass aufgrund der Gesamtverkehrsbetrachtung sowie der Zweckmässigkeitsbeurteilung Südumfahrung nicht einfach nichts passiert ist. Der Regierungsrat sieht vor, die Südumfahrungsvariante, so wie sie aktuell im Richtplan als Zwischenergebnis eingetragen ist, weiter im Richtplan zu behalten. Man hätte auch zum Schluss kommen können, dass man die Variante aufgrund fehlenden Bedarfs streichen hätte können. Es gibt noch eine zweite Variante, die Tunnelvariante, welche, trotz der hohen Kosten, betreffend die Wirkung am besten abgeschnitten hat. Und ja, es wird ein langer Weg werden – wir sprechen hier von wahrscheinlich drei Jahrzehnten bis man zu einer allfälligen Umfahrungsvariante gelangt. Noch kurz dazu, dass sich die Zahlen an gewissen Orten so massiv verändert haben und an der Zentralstrasse gar nicht. Es hat auch damit zu tun, was zwischenzeitlich gebaut wurde und welche Verkehrswege priorisiert wurden. Es gibt eine viel höhere Frequenz an der Nutzenbachstrasse, wir sprechen von plus 37% in diesem Zeitraum. Zwischen den Kreiseln Farn und Büttikon haben wir viel höhere Zahlen von plus 40%. Das sind Punkte, welche darauf hinweisen, dass sich der Verkehr aus dem Zentrum auf andere Äste, wie zum Beispiel der Bünzstrasse oder wie bereits gesagt der Nutzenbachstrasse verlagert hat. Die Kernaussage des Gemeinderates ist, dass wir in einer Untersuchung, wie in der Motion gefordert, weniger Erfolgsaussichten sehen. Im Namen des Gemeinderates bitte ich sie, die Motion abzulehnen.

### Fraktionsmeinungen

Zimmermann Beate, EVP/GLP: Es ist wichtig und richtig, dass der Einwohnerrat Geschäfte genau überprüft und auch hinterfragt. Im vorliegenden Fall sind die Verkehrszählungen durch den Kanton beauftragt und auf die Aufgabe durch spezialisierte Ingenieurbüros durchgeführt worden. Die Fraktion GLP/EVP sieht keinen objektiven Grund, diese Zählungen anzuzweifeln, nur weil sie nicht unbedingt das erwartete Ergebnis zeigen. Zumal auch durchaus Zunahmen des Verkehrsflusses aufgezeigt werden, z.B. an der Bünzstrasse um mehr als 35% und an der Nutzenbachstrasse um mehr als 75%. Wir bezweifeln, dass eine erneute Zählung mit anderen Methoden zielführend wäre und meinen, dass die dafür benötigten finanziellen Mittel sinnvoller ausgegeben werden können. Und wir fragen uns, was ist denn, wenn die geforderte neue Zählung wieder nicht das vom Motionär erwartete – oder man könnte sogar sagen erwünschte – Ergebnis zeigt? Wird er dann wieder eine Motion einreichen und eine dritte Zählung fordern? Die Fraktion GLP/EVP ist gegen die Überweisung der Motion.

Schmid Patrick, Grüne: Ich beginne mit einem wahrscheinlich gefälschten Zitat, welches Sie alle kennen:

*«Ich glaube nur an Statistiken, welche ich selbst gefälscht habe.»*

Ein Zitat, welches Winston Churchill eventuell gesagt haben soll. Entsprechend reagieren Menschen sehr stark auf Statistiken und Erhebungen und sind sehr kritisch, wenn ihnen diese nicht passen – ich denke das haben wir hier getan. Empfindungen sind rasch und sehr subjektiv. Regnet es aus Zufall gerade, so hat man immer das Gefühl, es regne. Oder wenn man im Stau steht und davon ausgeht, dass man immer im Stau steht. Ich glaube dem so nicht. Wir haben Erhebungen von 2002 und 2023, welche zur aktuellen Zeit durchgeführt worden sind. Weder an den Resultaten von 2002 als auch von 2023 zweifle ich, aber es könnte ja möglich sein. Führe ich beispielsweise eine Statistik über einen Vogel kartiere und mir liegen keine identischen Werte an den Daten vor, dann sind diese auch nicht miteinander vergleichbar. Es könnte somit ebenso gut sein, dass im Jahr 2002 eine zu hohe Zahl erhoben worden ist. Es scheint leider so zu sein, dass wir in der Gemeinde Wohlen halt sehr viel Quellverkehr haben. Das wäre 70%, was sehr viel ist. Die politische Lösung wäre, diesen Quellverkehr zu senken. Eine Sache wäre bei einer Nachzählung mit Bestimmtheit klar – die Kosten von CHF 50'000 bis CHF 100'000, welche ich mir nicht leisten möchte, da daraus kein Folgeauftrag resultieren kann und wahrscheinlich dieselben Zahlen dabei herauskommen. Ein Nachtrag zu Harry Lütolf betreffend den 30 bis 40 Jahren – ich persönlich hoffe sehr schwer, dass wir in

30 bis 40 Jahren verkehrstechnisch anderweitig unterwegs sind und keinen Individualverkehr mit SUVs, welche nur mit einer Person eine Strecke von 200 Metern zurücklegen, haben. Wir lehnen die Motion ab.

Hauri Claudia, SVP: Wir von der Fraktion SVP/Wohlen Anglikon haben uns auch gefragt, ob die kantonale Verkehrszählung und Ermittlungen korrekt waren. Was bringt es, wenn man im Einwohnerrat einer Nachprüfung zustimmt und geschätzte Kosten von CHF 50'000 bis CHF 100'000 in Kauf nimmt? Und dies in Anbetracht der schlechten Finanzlage der Gemeinde. Wir fordern, dass vorab mit dem Kanton geklärt wird, unter welchen Voraussetzungen einer Umfahrung oder einer Verkehrsentslastung in Wohlen zugestimmt werden würde. Erst nachdem die Abklärungen getroffen wurden und dem Einwohnerrat ein positiver Entscheid vorliegt, dass eine neue Verkehrszählung durchgeführt wird und eine neue Umfahrung im Raum steht, würden wir zustimmen. Erwähnenswert ist, dass wir von der Fraktion SVP/Wohlen Anglikon ganz klar einer Verkehrsentslastung in Form einer Umfahrung von Wohlen zustimmen würden.

Zingg Lionel, FDP/Dorfteil Anglikon: Sie haben das Votum zum Finanzplan eingangs dieser Sitzung gehört. Im Namen einer kohärenten Finanzpolitik wird unsere Fraktion dieser Motion mehrheitlich nicht zustimmen.

### **Einzelvoten**

Breitschmid Manfred, SVP: Ich möchte dem Votum von Claudia Hauri noch etwas Nachdruck geben. Bevor wir nachzählen, sollten wir wissen, welche Kriterien dafür sorgen, dass Wohlen eine Umfahrung bekommt. Einerseits ist das sicher das Verkehrsaufkommen, die Finanzen und es müsste einen ungefähren Terminplan geben. Vielleicht ist jemand im Gemeinderat anwesend, welcher die Frage nach den Kriterien für eine Umfahrung beantworten kann. Ich gehe davon aus, der Gemeinderat weiss, unter welchen Voraussetzungen Wohlen eine Umfahrung bekommt. Wissen wir diese Voraussetzungen nicht, so macht es keinen Sinn Autos zu zählen. Wissen wir mit Sicherheit, dass in der Zählung 1'000 Autos fehlen, unterstütze ich die Motion sofort.

Zingg Lionel, FDP: Ich erlaube mir an dieser Stelle ein Zitat. Ich zitiere nicht die Kantonsverfassung, sondern Harry Lütolf an der Einwohnerratssitzung vom Dezember 2023. Ich zitiere:

*«Lionel Zingg erwähnte die Kombination mit der Südumfahrung. Dies kann er schlicht vergessen. Er wird ein alter Mann sein, ehe dies je wieder ein Thema in diesem Rat werden wird. Dies kann ich ihm versprechen.»*

Ich weiss nicht, wie ihr dies beurteilt, aber ich würde mich nach vier Monaten nicht als alter Mann bezeichnen. So gesehen können wir uns die Kosten für diese Motion sparen und im Sinne des Zitats von Harry Lütolf in 20 oder 30 Jahren wieder diskutieren. Eine Alternative wäre – wenn man die Methodik des Kantons kritisiert – dass, und wir haben einige Grossräte im Saal, man als Grossrat eine andere Methodik zur kantonalen Verkehrszählung vorschlägt.

Lütolf Harry, Die Mitte: Dazu nehme ich gerne Stellung Lionel Zingg. Das Dorf Wohlen kämpft nicht um seine Vorteile. Ich habe es der Diskussion vorneweg genommen und gewusst, dass die Motion abblitzen wird. Sie kämpfen nicht für Ihre Rechte in Aarau. Sie setzen Ihre Rechte und Vorteile nicht durch, weil wir nicht zusammen aufstehen. Der Gemeindeammann vertröstete bereits bei der Diskussion zum Posten der Kantonspolizei und meinte, dass dies dann schon gut kommt und der Posten schon in Wohlen sein wird. Und nun befindet sich der Posten in Muri. Wir kämpfen nicht um das, was Wohlen als viertgrösste Gemeinde im Kanton zusteht, nämlich eine Umfahrung zu haben. Jedes Kaff in diesem Kanton hat eine Umfahrung. Der Kanton begründet dies im Wesentlichen damit, dass der Durchgangsverkehr zu gering sei in Wohlen. Dieser würde es rechtfertigen, eine Umfahrung zu machen. Das ist eines der Haupt-Killerkriterien, wenn nicht sogar das einzige, welches der Kanton aufführt, sodass wir keine Umfahrung erhalten. Wäre der Wert nur schon um 10 bis 15% höher – das ist meine Theorie – hätten wir bessere Karten. Würde die zweite Verkehrszählung gleich ausfallen, würde ich sicher keine zweite Motion einreichen, das ist ja klar. Aber, wenn es tatsächlich im Sinn der Gemeinde Wohlen ausfallen würde, können wir nach Aarau und die Umfahrung beantragen.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich versuche nüchtern und sachlich die Frage von Claudia Hauri respektive von Manfred Breitschmid zu beantworten. Die Abklärungen wurden getroffen. Es wurde eine sogenannte Zweckmässigkeitsbeurteilung betreffend die Südumfahrung gemacht. Die angesprochenen Kriterien wurden umfangreich in einem dicken Bericht beschrieben. Wir hatten dazu, wenn es mir recht ist, letzten November eine Informationsveranstaltung, bei welcher die Resultate dargelegt wurden. Im Wesentlichen ging es dabei um zwei Fragen respektive Themen. Einerseits wird eine Kostenwirksamkeitsanalyse (wie ist die Wirksamkeit der einzelnen Varianten) und andererseits eine Kostennutzenanalyse gemacht. Bei beiden Aspekten ist wichtig – wie Harry Lütolf es gesagt hat – wie viel Verkehr wird durch die Umfahrungsvarianten X oder Y verlagert und was dabei der positive Effekt ist. Alle Studien diesbezüglich kamen – auch schon vor 20 Jahren – zum Schluss, dass der Zielquellverkehr der Gemeinde Wohlen sehr gross ist. Viele fahren nach Wohlen hinein oder heraus, da sie beispielsweise hier arbeiten, in die Schule gehen oder sonst etwas. Der Anteil des Transitverkehrs, welcher tatsächlich eine Entlastung bringen würde, liegt bei 27%. Das rechtfertigt einerseits die grossen Investitionskosten, andererseits aber auch die negativen Auswirkungen auf die Natur und Umwelt usw. Die Frage, wann Wohlen eine Südumfahrung erhält, kann somit nicht einfach beantwortet werden. Es geht auch nicht darum viele Auto es sind, sondern um die Kosten-Nutzen-Analysen, welche auf der Basis der aktuellen Verkehrszahlen erstellt wird. Wenn Sie gerne zu einer Umfahrung kommen möchte, dann muss man seitens des Kantons wiederum eine Zweckmässigkeitsbeurteilung mit Kostenwirksamkeit und Kosten-Nutzen-Analyse durchführen lassen. Dann kommt man vielleicht zu einem anderen Ergebnis. Die Bewertung dieser Kriterien ändern sich, mit den zunehmenden Siedlungsdruck allerdings immer wieder einmal. Die Erhaltung der Fruchtfolgefleichen wird dann vielleicht anders gewichtet als noch vor 20 Jahren. Es ist auch unterschiedlich, wie sich die gesamte gesellschaftliche Situation entwickelt. Vor einigen Jahren hätte beispielsweise niemand gedacht, dass das Thema Grundwasser eine Rolle spielen würde. Was man hingegen beurteilen kann, ist der Anteil des Durchgangsverkehrs – da gebe ich Harry Lütolf Recht. Dieser Anteil ist jedoch im Moment massiv zu niedrig, sodass sich die hohen Kosten im Verhältnis zum Nutzen für eine Umfahrung nicht rechtfertigen. Es kann schon sein, dass kleinere Gemeinden Gelder erhalten – in Sins zum Beispiel gab es eine Umfahrung. Aber in dieser Gemeinde sprechen wir von 80% Durchgangsverkehr, von welchem das Zentrum entlastet werden konnte. Davon ist die Gemeinde Wohlen wirklich sehr weit entfernt und dies hat damit zu tun, dass wir als Kernstadt sehr viel Ziel- und Quellverkehr haben.

## **Abstimmung**

*Die Motion 15092 betreffend Nachprüfung der kantonalen Verkehrszählung und Ermittlung des Anteils des Durchgangsverkehrs auf dem Gebiet der Gemeinde Wohlen*

wird mit 9 Ja-Stimmen zu 27 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

**Antwort zur Anfrage 15097 betreffend Abfallentsorgung bei den Altglas-Sammelstellen**

---

Breitschmid Manfred, SVP: Die Antwort ist für mich so weit in Ordnung, nur das Bild an diesen Altglas-Sammelstellen ist jeden Tag gleich. Wenn ich diejenige beim Friedhof – welche ich sehr gut im Auge habe – anschau, dann stehen dort nach wie vor Nachttische, Abfall, Lebensmittel und anderes. Es ist immer noch dasselbe. Es hat keine Änderung gegeben und das Problem wurde bislang nicht behoben. Ich verlange keine Diskussion

146 0.011.2 Einwohnerrat; Motionen, Postulate und Anfragen

**Antwort zur Anfrage 15085 betreffend Schülertransport von Anglikon nach Wohlen**

---

Büchi Roland, SVP: Mit den Antworten bin ich zufrieden. Ich danke dem Gemeinderat für die Antworten. Ich verlange keine Diskussion.

147

0.011.2 Einwohnerrat; Motionen, Postulate und Anfragen

**Antwort zur Anfrage 15088 betreffend Doppelkindergarten Lindenbergstrasse  
und Standortstrategie Schulraumplanung**

---

Breitschmid Manfred, SVP: Mit der Antwort bin ich nicht zufrieden. Ich verlange keine Diskussion.

**Motion 15078 betreffend Verkauf der Liegenschaft Steingasse 45**

---

Breitschmid Manfred, SVP: Mit der Umwandlung in ein Postulat bin ich einverstanden. Am heutigen Tag hat mir noch das i-Püncchen gefehlt, und zwar, wenn heute der Pfadergruss «Allzeit bereit» dahingehend gewesen wäre, dass die Steingasse 45 übernommen worden wäre im Sinne dieser Motion. Die Bedingungen würde die Pfadi erfüllen. Das Dorf Wohlen wäre ein Problem los, die Pfadi hätte uns einen grossen Gefallen getan und sie hätten ein wunderbares Haus an dem Ort, an welchem sie es wollten.

**Fraktionsmeinungen**

Dietrich Stefanie, Die Mitte: Der Anstoss des Motionärs, den Verkauf der Steingasse 45 zu prüfen, unterstützen wir. Der Umsetzungsvorschlag des Gemeinderates, die Liegenschaft kostenlos im Baurecht abzugeben – mit der Auflage, das Gebäude fachgerecht zu sanieren – ist in unserem Sinne. Ein für uns wichtiger Punkt ist, dass die Steingasse 45 für die Kultur und die Vereine umgenutzt werden kann. Das Kultur- und Vereinsleben ist das Herzstück einer Gesellschaft und soll gefördert und unterstützt werden. Der Motion hätten wir nicht zustimmen können, da die Parzelle in der Zone öffentlicher Bauten liegt. Damit der Gemeinderat einen optimalen Spielraum hat und aus der Steingasse 45 etwas Gutes und Sinnvolles entstehen kann, ergibt es Sinn, das Anliegen als Postulat zu überweisen. Die Mitte Fraktion stimmt dem Postulat einstimmig zu.

Meyer Hans Rudolf, FDP/Dorfteil Anglikon: Das Gebäude an der Steingasse 45 ist in einem erdenklich schlechten Zustand. Zudem steht es in einer falschen Zone um als Investitionsobjekt, z.B. als Wohnhaus, weiter genutzt werden zu können. Eine Umzonung ist wie der Gemeinderat in seiner Haltung schreibt eher unwahrscheinlich. Die Renovierungskosten sind unverhältnismässig teuer, viel zu teuer. Jeder private Investor würde das Gebäude abreißen und einen Ersatzbau aufstellen. Aber auch da ist man sehr eingeschränkt, ist es wegen dem Grenzabstand oder weil die Denkmalpflege mitredet. Eine Renovation von Seiten der Gemeinde zur Nutzung als Kultur- oder Vereinszentrum steht angesichts unserer finanziellen Lage zurzeit nicht zur Diskussion. Diese Motion ist gut gemeint, wir glauben aber nicht, dass mit diesen Voraussetzungen rasch ein Investor gefunden werden kann. Unsere Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon möchte aber dem Projekt nicht im Wege stehen und ist daher einstimmig für die Überweisung als Postulat.

Burkard Thomas, Vizeammann: Ich beziehe mich auf eine Frage, welche seitens des Motionärs Manfred Breitschmid aufgetaucht ist. Erstens muss gesagt werden, dass die Haltung und nicht der Bericht und Antrag vorliegt. Ein Bericht und Antrag zu Händen des Einwohnerrates wird erst erstellt, wenn die Motion respektive das Postulat vom Einwohnerrat überwiesen wurde. Zu der Angelegenheit betreffend die Pfadi: Die Pfadi in der Steingasse 45 einzuquartieren wurde seitens des Gemeinderates ernsthaft geprüft. Es hat sich gezeigt, dass es sich dabei beidseitig nicht um eine tragbare Lösung handelt. Der Gemeinderat ist sehr gerne bereit, die Motion als Postulat entgegenezunehmen.

**Abstimmung**

*Das Postulat 15078 betreffend Verkauf der Liegenschaft Steingasse 45*

wird einstimmig überwiesen.

**Postulat 15026 betreffend mehr erneuerbare Energien in Wohlen**

---

Pascolin Laura, SP: Wir sind der Überzeugung, dass die Gemeinde mit der IBW noch weitere klimarelevante Akzente setzen kann. Auch können mögliche Synergien genutzt werden. Mit dem Postulat zeigen wir, dass die Gemeinde eine Schlüsselrolle bei den Klimathemen hat.

Wir wollen, dass sich die Gemeinde mit dem Netto-Null Ziel auseinandersetzt und alle möglichen Massnahmen ergreift, um dieses klimapolitische Ziel zu erreichen. Unabhängig, ob das Postulat überwiesen oder nicht überwiesen wird, werden wir weitere Vorstösse einreichen. Zudem weisen wir den Gemeinderat auf den Wegweiser Klimastrategie für Gemeinden hin, welches das Bundesamt für Umwelt (BAFU) im letzten November veröffentlicht hat.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Das Postulat fordert, dass man aufzeigt, welche Möglichkeiten an Unterstützung es in Bezug auf erneuerbare Energien an Privatpersonen, bei Neubauten oder Renovierungen gibt. Wir führen darin aus, welche Möglichkeiten es gibt und erachten das Postulat als erfüllt. Wenn sie uns das Postulat überweisen, wissen wir nicht, was wir zu diesem Postulatsauftrag noch weiter machen sollen. Wenn andere materielle Vorstellungen vorhanden sind, müsste entsprechend auch ein anderer Antrag gestellt werden. Ich bitte Sie somit, das Postulat abzulehnen.

**Fraktionsmeinungen**

Galliker Eugen, FDP/Dorfteil Anglikon: Das Postulat zielt darauf ab, dass man auf Gemeindeebene erneuerbare Energien fördert. Auf Kantonsebene gibt es die Plattform «Energieberatung Aargau», welche nicht nur in der Beratung, sondern auch in der Finanzhilfe tätig ist – notabene auch auf Gemeindeebene wie Wohlen. Dazu kommt, dass der Zielplan 2030 der IB Wohlen AG und der Gemeinde Wohlen gewisse Zielvorgaben vorgibt. So zum Beispiel die Solarfläche pro Einwohner, welche bereits auf 2,9m<sup>2</sup> pro Einwohner gesteigert wurde – der Zielplan sieht 3,5m<sup>2</sup> vor, also sind wir schon auf einem guten Weg. Die Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon taxiert das Postulat als nicht sehr dringend und schlägt die Nichtüberweisung einstimmig vor.

Hüsler Max, SVP: Die Fraktion SVP schliesst sich der Meinung des Gemeinderates an, das Postulat 15026 betreffend mehr erneuerbare Energien in Wohlen nicht zu überweisen. Begründung: Die Gemeinde erfüllt die Wünsche des Postulats bereits zu einem grossen Teil, indem diese bereits zum heutigen Zeitpunkt die Bauherrschaften auf die Thematik im Rahmen von Anfragen und Baugesuchen mit verschiedenen Beratungsangeboten und Möglichkeiten sensibilisiert. In Zusammenarbeit mit der IB Wohlen AG werden bereits heute und noch vermehrt in der Zukunft geeignete Massnahmen umgesetzt. Wie weit die Angebote wie Öko-Strom und weitere erneuerbare Energien durch die Käuferschaft genutzt wird, liegt in deren Entscheid, zumal der Kostenpunkt eine entscheidende Rolle spielen dürfte. Die Gemeinde empfiehlt in jedem Fall, möglichst die neuen Technologien im Bereich der erneuerbaren Energien zu nutzen und weist auch explizit auf die möglichen Einsparungen und Effizienzsteigerungen hin.

Donat Marc, Die Mitte: Der Gemeinderat hat die Begründung klar dargelegt und einige Massnahmen der IB Wohlen AG aufgezeigt. Zudem ist es im Interesse der Gebäudeeigentümer energieeffiziente Massnahmen zu ergreifen. Bereits jetzt stehen viele Beratungsmöglichkeiten und Tools zur Verfügung. Auch die Bautechnik macht stetig Fortschritte. Somit lehnt die Mitte-Fraktion die Überweisung des Postulats 15026 ab.

Angst Matthias, EVP/GLP: Die Fraktion EVP/GLP lehnt das Postulat ebenfalls ab. Wir sind der Meinung, dass die Ausführungen des Gemeinderates bereits genug detailliert sind. Inhaltlich, fachlich und qualitativ wurde eigentlich schon alles gesagt. Der Verweis auf die Eigentümerstrategie ist richtig. Die IB Wohlen AG unternimmt schon sehr viel und darüber hinaus ist der richtige Weg, Einfluss zu nehmen und weiterhin das Ganze zu unterstützen. Wir sind der Meinung, dass wir uns als Gemeinde in diesem Bereich sehen lassen können. Auf einige kantonale Indexe dürfen wir stolz sein. Der Weg stimmt und die Massnahmen sind

zahlreich. Von dem her soll der Weg weiter fortgeschritten werden. Zusätzliches via Postulat braucht es unserer Meinung nach im Moment nicht.

### **Einzelvoten**

Christen Peter, SVP: Ein Präsident mit dem Nachnamen Kennedy hat vor einer gewissen Zeit gesagt:

*«Frag nicht, was der Staat für dich tun kann. Sag du, was du für den Staat machst.»*

An die Befürworter dieses Geschäfts: Macht es doch ganz einfach. Fordert nicht immer nur. Unternehmt selbst etwas. Haben wir gemacht. Ich habe eine Solaranlage auf dem Dach montiert und dafür CHF 8'000 Cashback bekommen. Die Anlage läuft seit dem August und ich kann ihnen sagen, dass wir 5,2 Tonnen CO<sup>2</sup> sowie 130 Flugkilometer eingespart haben, gleichzeitig 133 Bäume gepflanzt haben und sind 20'861 Kilometer nicht gefahren sind. Outsourcen sie nicht immer, lassen sie nicht immer alles die anderen machen – stehen sie selbst in die Stiefel und machen selbst etwas.

Schmid Patrick, Grüne: Peter Christen, es ist sehr gut, was Sie machen. Bei der Rechnungsprüfung der FGPK stolpere ich immer wieder über eine Zahl. Es geht um das Konto «Ver- und Entsorgung». In diesem Bereich haben wir in den letzten paar Jahren, allein in der Gemeinde, mehrere hunderttausend Franken mehr ausgegeben. Ich glaube, wir müssen auf diesem Weg mit der Förderung von PV-Anlagen vorwärts machen – jeder der kann.

### **Abstimmung**

*Das Postulat 15026 betreffend mehr erneuerbare Energien in Wohlen*

wird mit 8 Ja-Stimmen zu 29 Nein-Stimmen abgewiesen.

**Antwort zur Anfrage 15076 zum zukünftigen Wachstum in Wohlen**

---

Büchi Roland, SVP: Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung meiner Fragen. Es handelt sich um Fragen, welche ein grosser Teil der Bevölkerung beschäftigt. Vielfach verweist der Gemeinderat bei seinen Antworten auf den Bund und die Kantone, obschon die Gemeinde durchaus über geeignete Mittel verfügen würde, welche eine aktivere Reaktion ermöglichen würden. Das zeigt auch die Hilflosigkeit des Gemeinderates. Diverse Probleme, welche in der nächsten Zeit auf die Gemeinde Wohlen zukommen werden, will oder kann der Gemeinderat nicht sehen. Mit den Antworten bin ich nur teilweise zufrieden, eine Diskussion verlange ich nicht.

**Motion 15084 betreffend markante Reduktion der Jahresgebühren für Dauerparkkarten**

---

Lütolf Harry, Die Mitte: Ich möchte den Einwohnerratspräsidenten korrigieren, es ist nicht meine Motion, sondern die der Mitte Fraktion. Der Gemeinderat hat in seiner Stellungnahme zu der Motion zwei Gemeinden gefunden, zwei und nicht mehr, welche bezüglich Parkkarten in Wohnzonen etwas teurer sind als Wohlen. Die anderen Gemeinden, bis auf Lenzburg, hat der Gemeinderat natürlich unterschlagen. Da wären noch Aarau, Baden, Brugg, Rheinfelden und Zürich wollen wir auch nicht vergessen. Diese Gemeinden befinden sich zwischen CHF 300.00 und CHF 400.00 und im Fall von Baden bis maximal CHF 500.00. All diese grossen Gemeinden sind von der Grösse her durchaus vergleichbar mit Wohlen, sind aber wesentlich günstiger. Vermutlich sagt uns jetzt der Gemeinderat, dass der Preisüberwacher nicht richtig rechnen könne, was man so zwischen den Zeilen so lesen könnte. Wohlen hat eine andere Ausgangslage, es sei nicht kostendeckend, wenn man tiefere Gebühren verlangen würde. Bei allen anderen Gemeinden, welche tiefere Ansätze haben, funktioniert es offenbar und ich denke, dass diese Gemeinden den Personen, welche beispielsweise in einer blauen Zone parkieren nicht einfach ein Geschenk machen. Bei den anderen Gemeinden rentiert es. Wieso soll es in Wohlen nicht möglich sein? Der Preisüberwacher hat zurecht moniert. Es handelt sich beim Preisüberwacher nicht um einen Laien. Er ist der eidgenössische Preisüberwacher und könnte, wenn er wollte, bei der Gemeinde Wohlen auch eingreifen und die Preise dekretieren. Er hat dies so berechnet und gesagt, dass CHF 400.00 das absolute Maximum ist, welches man verlangen darf. Sie kennen die Werte in Wohlen, wir sind deutlich darüber.

Kommen wir noch zum Parkhaus beim Bahnhof. Natürlich hat dies nichts mit dem Preisüberwacher zu tun, da man bei einem Parkhaus durchaus andere Gebührenansätze wählen darf, weshalb ich hierbei den Preisüberwacher als Argument nicht hinzuziehe. Fakt ist, und das wisst ihr alle, das Parkhaus hat eine sehr schlechte Auslastung. Man kann nach vielen Gründen suchen aber der wesentlichste Grund dafür ist der Preis und nichts anderes. Es gibt Leute, namentlich bekannte Personen, welche in Dottikon parkieren, da es dort am Bahnhof billiger ist. Der Pendler ist nicht bereit den horrenden Preis für eine Jahresparkkarte in der Tiefgarage zu bezahlen. Ein Jahr lang dort einen Parkplatz zu mieten ist einfach zu teuer. Solange die Preise so hoch sind, wird die Auslastung miserabel bleiben. Wenn der Gemeinderat daran nichts ändern möchte, dann ist es halt so. Man kann sagen, dass so viel Geld verloren geht, aber die Idee ist natürlich, dass wenn man die Kosten reduziert, wird dies die Auslastung deutlich steigern und man macht unter dem Strich mehr Einnahmen. Das ist für mich und für Die Mitte-Fraktion logisch. Ich bitte Sie, dieser Motion zuzustimmen. Es gehen keine Einnahmen verloren, da mehr Parkkarten verkauft werden. Diese Anpassungen werden sich lohnen. Andere Gemeinden, grösser als Wohlen, machen uns das vor. Die kommen mit weniger Gebühren aus. Insbesondere diejenigen Parteien, welche immer auf die Gebühren schauen, dass die Gebühren möglichst tief sein sollen – Kostendeckungs- und Äquivalenzprinzip – das muss natürlich auch hier gelten. Die Gebühren müssen möglichst tief angesetzt werden, sodass es sich für die Gemeinde gerade noch rechnet und sie damit keinen Gewinn erwirtschaftet. Meine Theorie ist es, dass die Gemeinde Wohlen Gewinn erwirtschaftet und auch der Preisüberwacher sagt dies. Die anderen Gemeinden, welche es besser machen, machen es uns vor. Wohlen kann kein Spezialfall sein. Bitte unterstützen Sie diese Motion.

Strasser Denise, Gemeinderätin: Wie der Gemeinderat bereits in seiner Haltung zu der Motion ausgeführt hat, haben wir die Preise der Jahresgebühren nach der Prüfmethode des Preisüberwachers durchgerechnet. Die Methodik des Preisüberwachers nimmt eine Reduktion um den Faktor der Mehrfachvergabe im Verhältnis zu den verfügbaren Parkplätzen vor, wie es in anderen Städten und Gemeinden gehandhabt wird. Die Reduzierung muss Wohlen nicht berücksichtigen, da nicht mehr Parkkarten ausgestellt werden, als Fahrzeuge abgestellt werden können. Das heisst, wenn man in Wohlen eine Parkkarte löst, hat man auch einen Parkplatz. In anderen Städten ist dem nicht so. Der Vergleich mit den benachbarten Gemeinden zeigt, dass sich die Preise im mittleren Bereich bewegen. Bei den Jahresgebühren der Parkhäuser sind wir sogar eher günstiger unterwegs. Ich glaube, dass nicht der Preis des Parkhauses am Bahnhof das Problem ist, sondern die Lage. Der Gemeinderat erachtet die Ansätze als gerecht, zumal sie kostendeckend sind. Wir bitten sie, die Motion nicht zu überweisen.

## Fraktionsmeinungen

Christen Peter, SVP: Wir sprechen von CHF 600.00 im Jahr. Was bekomme ich dafür? Ich bekomme einen Parkplatz, unter Umständen vor meinem Haus auf einer öffentlichen Strasse. Überlegen Sie sich doch einmal, wenn Sie eine Wohnung oder ein Haus gemietet haben, wie viel Sie für einen gedeckten Parkplatz respektive wie viel Sie für einen offenen Parkplatz vor dem Haus bezahlen. CHF 600.00 durch zwölf sind CHF 50.00. Das ist doch ein völlig gerechtfertigter Preis. Müssen wir irgendwelche Dumping-Angebote machen? Es ist überhaupt nicht übertrieben und es muss so sein. Meiner Meinung nach sollte es noch teurer sein. Das müsste mindestens so teuer sein, wie wenn man zur Miete wohnt und einen Parkplatz dazu mieten muss. Dieser kostet ganz sicher CHF 80.00 pro Monat, wenn nicht noch mehr. Bei einem gedeckten Parkplatz sind es sicher CHF 120.00. Jetzt diskutieren wir hier über CHF 50.00. Das kann es doch nicht sein.

Meyer Hans Rudolf, FDP/Dorftail Anglikon: Beim Durchlesen dieser Motion und der Haltung des Gemeinderates ist es mir vorgekommen, wie wenn ich im Vorfeld einer Abstimmung Argumente von Befürwortern und Gegner lese. Der Motionär vergleicht mit den billigsten Anbietern – die Gemeinde mit den Teuersten. So sind sie aus ihrer Sicht beide auf der richtigen Seite und man muss fast annehmen, dass auch beide Recht haben. Auch ich ärgere mich manchmal über parkierte Autos in unserem Quartier, welche Tag und Nacht die Durchfahrt auf der Strasse behindern – denke dann aber die bezahlen ja CHF 600.00 dafür – hoffe ich wenigstens! Einzig im Bahnhofparking könnte ich mir eine Reduktion auf CHF 100.00 pro Monat vorstellen. Schliesslich hat man dort nicht einen fest zugewiesenen Parkplatz. Schlussendlich aber können wir die Argumente des Gemeinderates nachvollziehen und die Fraktion FDP/Dorftail Anglikon ist mehrheitlich für eine Nichtüberweisung.

Frischknecht Julia, EVP/GLP: Auch die Fraktion EVP/GLP sieht es ähnlich wie die Vorredner. Auch wir sehen keinen dringenden Handlungsbedarf und können die Ausführungen des Gemeinderates zu diesem Thema gut nachvollziehen. Sollten die Gebühren allgemein angepasst werden, so sind wir der Meinung, dass dies bei der Überarbeitung des Gebührenreglements erneut geprüft werden soll. Vorher sehen wir keinen dringenden Handlungsbedarf und werden die Motion nicht überweisen.

Schmid Patrick, Grüne: Ich schliesse mich Julia Frischknecht mit dem Hinweis an, das ganze Parkierungsreglement zu überprüfen, damit die Quartiere entlastet werden können. Dies könnte zur Förderung des Bahnhofparkings beitragen. Wir haben in Wohlen sehr viele Parkplätze.

## Einzelvoten

Lütolf Harry, Die Mitte: Gerne möchte ich zu Peter Christen's Votum noch etwas sagen. Ich wohne im Zentrum, zentraler als ich kann man hier in Wohlen nicht wohnen. Für meinen eigenen Parkplatz zahle ich CHF 60.00 pro Monat. Es ist mein Parkplatz und nur ich darf dort parkieren. Mit einer Dauerparkkarte von Wohlen habe ich keinen eigenen Parkplatz und muss erst suchen gehen. Vielleicht habe ich Glück, und finde einen freien Parkplatz direkt vor der Haustür, aber wenn bereits ein anderer darauf steht, muss weitergesucht werden. Sehen Sie den Unterschied? Ich bin der Meinung, wir sind nach wie vor einfach zu teuer und das sagt auch der Preisüberwacher.

## Abstimmung

*Die Motion 15084 betreffend markante Reduktion der Jahresgebühren für Dauerparkkarten*

wird mit 8 Ja-Stimmen zu 29 Nein-Stimmen abgewiesen.

**Antwort zur Anfrage 15089 bezüglich Einheitspolizei im Kanton Aargau**

---

Donat Ruedi, Die Mitte: Ich danke dem Gemeinderat für die schnelle Zustellung und für die positive Beantwortung meiner Fragen. Es hat sich alles auf das duale System, also auf die Seite unsere Regionalpolizeien, geschlagen. Freude herrscht. Aber bereits in der Diskussion in den Leitsätzen des Grossen Rats ist das Vorhaben «Einheitspolizei» gescheitert. Alles gut gegangen, sollte man meinen. Nur, wenn da nicht ein Mitglied der Geschäftsleitung und unser Gemeindeammann gewesen wäre. Beides sind notabene Mitglieder der SP-Fraktion und Mitglieder des Grossen Rats. Bei der Abstimmung war jedoch einer nicht anwesend und der andere hatte besseres zu tun. Ich bitte die beiden im Grossrat weniger ideologisch unterwegs zu sein und für unsere Gemeinde zu stimmen.

Zum Abschluss ein Beispiel, welches nur die Repol erledigen kann. Das ist heute bei mir auf dem Bauernhof passiert. Die Repol bringt mir ein kleines Geisslein und sagen, sie hätten es an der Farnbühlstrasse in einem Gebüsch gefunden. Sie haben nicht gewusst, was sie machen müssen, was ich verstehen kann. Am neuen Polizeiposten an der Wilstrasse möchte man kaum eine neue Geiss einquartieren. Ich habe das Geisslein dann natürlich aufgenommen. Und nun die Frage, wer weiss wo es Geissen hat und wo, das ca. zwei Monate alte Geisslein ausgebüxt ist. Wer dies weiss, kann sich bei mir oder bei der Repol melden. Ich sage dieses Beispiel natürlich nur, weil wenn die Kapo zuständig gewesen wäre, wäre das kaum so einfach abgelaufen. Ich verlange keine Diskussion

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich möchte mich äussern, und zwar gegen die Aussagen von Ruedi Donat. Dies wurde bereits mehrfach auch in der Presse geschrieben. Die Tatsache ist folgende. Flurin Burkard, Bereichsleiter Gesellschaft, Soziales und Bildung, eines der langjährigsten Mitglieder des Grossen Rats, Mitglied der SIK und Präsident der interkantonalen Polizeischule in Hochdorf, hatte eine andere politische Meinung. Wenn dies ein Problem darstellt, dass sich ein gewählter Grossrat im Kanton Aargau seinen Wählern verpflichtet fühlt und nicht seinem Arbeitgeber, dann weiss ich nicht, was ich dazu noch sagen soll. Das ist einfach eine komische Forderung.

Ja, ich war bei dieser Abstimmung nicht anwesend. Ich kann Ihnen auch mitteilen, weshalb dies so war. Es hat mich nämlich bis jetzt noch niemand nach dem Warum gefragt. Man hat einfach festgestellt, dass ich nicht dabei gewesen war. Ich hatte einen medizinischen Notfall in der Familie, welcher tatsächlich Priorität hatte vor dieser Abstimmung, zumal der Ausgang bereits klar war. Wenn man solchen Berichterstattungen dann auch undifferenziert Glauben schenkt, dann muss ich mich dagegen wehren und solche Unterstellungen, dass man sich seitens des Gemeinderats nicht richtig für die eine oder andere Sache eingesetzt hat. Ich danke für die Klärung.

Donat Ruedi, Die Mitte: Lieber Arsène Perroud, ich habe es zwar in der Zeitung gelesen, aber auch das Abstimmungsprotokoll des Grossen Rats habe ich gelesen. Darin steht, dass sich Arsène Perroud enthalten hat und Flurin Burkard, einer der Bestbezahltesten in der Gemeindeverwaltung, stimmte nicht im Sinne der Gemeinde Wohlen, genau wie der Gemeindeammann. Ich entschuldige mich für meine direkte Aussage, aber das ist einfach fahrlässig.

Läufer Marc, Präsident: Ich weise darauf hin, dass die Diskussion nun beendet ist. Ich bitte die Betroffenen um eine bilaterale Klärung.

**Antwort zur Anfrage 15091 betreffend Herausgabe von Adressen  
(überarbeitete Version)**

---

Breitschmid Manfred, SVP: Der Gemeinderat hat sich für diese Fehlinformation entschuldigt. Für mich ist das erledigt und ich verlange keine Diskussion.

Läufer Marc, Präsident: Somit ist die heutige Sitzung beendet. Ich bedanke mich für Ihr konstruktives Mitwirken und freue mich auf das nächste Mal. Die nächste Einwohnerratssitzung findet am 24. Juni 2024 voraussichtlich um 18.00 Uhr statt. Ich wünsche euch eine gute Nacht und Erholung.

Für das Protokoll



Marc Läufer  
Präsident



Michelle Hunziker  
Aktuarin